

tätigkeit wirksam wird (oder jedenfalls weiterwirkt), wenn bereits entgegengesetzt wirkende Maßnahmen notwendig wären⁴³.

Zweitens sind die Instrumente zur Anregung der Investitionstätigkeit ziemlich unwirksam, *wenn es nicht gleichzeitig zu einer allgemeinen Ausweitung der Nachfrage kommt*: die Steuerung des Zinssatzes ist innerhalb der Grenzen, in denen sie normalerweise erfolgt, nur von sehr begrenzter Wirksamkeit – sowohl als restriktive als auch als expansive Politik⁴⁴; und während darüber hinaus die Verknappung des verfügbaren Kreditvolumens in einer Phase inflationärer Spannungen zu einer sehr drastischen Einschränkung der Investitionstätigkeit führt, gilt dasselbe umgekehrt nicht: es kommt also vor, daß der Kredit zur Verfügung steht, aber nicht in Anspruch genommen wird, da es an einem ausreichenden Investitionsanreiz fehlt.

Der Ausweg aus dieser Situation und die Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit ist kompliziert und erfolgt schrittweise und weitgehend »spontan«. Ausschlaggebend dabei ist insbesondere ein Element starker Nachfrageexpansion, das nicht durch die Investitionen selbst gegeben ist: z. B. eine starke Entwicklung der Auslandsnachfrage. Dadurch wird ein Prozeß in Gang gesetzt, der früher oder später die Wiederbelebung der Investitionsneigung bewirkt. Zu dieser Wiederbelebung kann die Regierungspolitik auf verschiedene Weise beitragen, auch wenn keine der ihr zu Gebote stehenden Interventionsmöglichkeiten allein ausreicht, um die Wiederbelebung der Investitionen herbeizuführen. Sie kann auf die verschiedenen Elemente einwirken, von denen die Wiederbelebung abhängt: auf das politische »Vertrauensklima« der Kapitalisten, auf das verfügbare Kreditvolumen und auf die Kreditkosten; und sie kann erneut die Beschränkungen der Konsumnachfrage aufheben. Schließlich kann sie auch auf die Gewinnerwartungen Einfluß nehmen, indem sie die Faktoren abschwächt, die die Gewinnspannen schmälern, nämlich durch die Kontrolle der Lohndynamik.

Hiermit sind wir bei dem entscheidenden Punkt angelangt, auf den sich alle Bemühungen konzentrieren: es geht darum, von einer Entwicklung, die sich auf das Wechselspiel zwischen inflationistischen und deflationistischen Phasen gründet, zu einer Entwicklung zu gelangen, in der der inflationäre Druck stärker kontrolliert ist und daher zu seiner Neutra-

43 Das trifft auf die italienische Situation zu, wo eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung des Konsums und der Staatsausgaben (und die damit verbundenen Dämpfungseffekte auf die Gesamtnachfrage und dadurch auf die Investitionen) noch in der Phase, in der bereits Anreize erforderlich waren, fortwirkten oder sich sogar erst in dieser Phase auszuwirken begannen.

44 Auch diese Beobachtung entnehmen wir dem zitierten Buch von Dow und den darin angeführten Dokumenten (wie der Radcliffe-Bericht in England).

lisierung keine Deflationspolitik erforderlich ist. »Einkommenspolitik« und Rationalisierungsinvestitionen sind die beiden Schwerpunkte dieser politischen Linie. Durch eine Kontrolle des Lohnauftriebs hofft man, den sowohl kostenseitig als auch nachfrageseitig bedingten Druck vermeiden zu können, der die Inflation hervorbringt; durch die Rationalisierungsinvestitionen werden die Auswirkungen des Lohndrucks auf die Produktionskosten abgeschwächt und Arbeitskraftreserven geschaffen, die den Lohnauftrieb selbst dämpfen.

Die Kontrolle des Lohn- und des Beschäftigungsniveaus und damit aller Verhaltensweisen, die diese beiden Faktoren beeinflussen⁴⁵, erweist sich also noch einmal als das Kernstück der kapitalistischen Politik. Nach verschiedenen, zum großen Teil fehlgeschlagenen Versuchen der letzten Jahre, diese Kontrolle durchzuführen⁴⁶, wird gegenwärtig ein erneuter Versuch unternommen, sie zu verwirklichen, und zwar mit teilweise wirksameren Instrumenten (zumindest in einigen Ländern)⁴⁷ und in einer Situation, in der ihre Notwendigkeit für den europäischen Kapitalismus immer dringlicher ist, nicht nur, weil die internationalen Wettbewerbsbedingungen keine übermäßigen Konjunkturrückschläge mehr zulassen (insbesondere im Hinblick auf die Investitionen), sondern auch, weil eine Instabilität, wie wir oben gesehen haben, heute größere Gefahren mit sich bringt als früher.

Alles das heißt nicht, daß die kapitalistische Wirtschaftsplanung bei ihrem Versuch, die Stabilitätsanforderungen mit den Wachstumserfordernissen in Einklang zu bringen, über keine anderen Instrumente verfügt: so ist beispielsweise die Anwendung steuerpolitischer Instrumente zur Durchführung einer Stabilisierungspolitik mit geringeren Dämpfungseffekten von vielen Nationalökonomern nachdrücklich befürwor-

45 Tatsächlich kann man nicht behaupten, daß die Kontrolle der Arbeitskraft in dieser Phase vor allem von der Angst vor einer politischen Revolution bestimmt ist. Wenn nicht die Arbeiterklasse selbst, so bieten doch ihre Organisationen in dieser Hinsicht eine Garantie, die dem System gegenwärtig genügt. Die Kontrolle bezweckt also vor allem, jene konjunkturellen, aber nicht nur konjunkturellen, Störungen und Ungleichgewichte zu vermeiden, die das Verhalten der Arbeiter in der wirtschaftlichen Entwicklung des Systems heraufbeschwören kann: Störungen, die durchaus (besonders im internationalen Rahmen) eine politische Dimension annehmen, ohne daß diese jedoch mit einem organisierten revolutionären Aufbruch der Arbeiterklasse verknüpft ist.

46 Vgl. Bruno Trentin, »Politica dei redditi e programmazione« [Einkommenspolitik und Wirtschaftsplanung], in *Critica Marxista*, Januar-Februar 1964, wo die verschiedenen fehlgeschlagenen Versuche einer »Einkommenspolitik« in einigen europäischen Ländern analysiert werden.

47 Man denke beispielsweise daran, daß die Voraussetzungen für eine rigorosere Kontrolle über die Gewerkschaften, die sich in partiell unterschiedlichen Situationen in Italien, Frankreich und England herausgebildet haben, heute günstiger sind als früher.

tet worden⁴⁸, auch wenn andere dieser Linie etwas skeptischer gegenüberstehen. *Faktisch* ist jedoch keine alternative Stabilisierungspolitik durchgeführt worden, so daß sich die »Einkommenspolitik« allmählich als einzige realisierbare Linie, die Stabilität und Wachstum ermöglicht, durchgesetzt hat. Und dieser Tatsache kommt politische Bedeutung zu: sie offenbart nicht so sehr eine theoretische oder technische »Rückständigkeit« der in Europa vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftspolitik, als vielmehr eine ganz bestimmte politische Rangordnung der Prioritäten. In der gegenwärtigen Situation des europäischen Kapitalismus, in der die Planungsinstrumente erst im Ansatz vorhanden und teilweise noch unwirksam sind, ist eine Politik, die mit einem gewissen Zwang und einer gewissen »Abwälzung der Kosten« auf einen Teil der Kapitalistenklasse verbunden ist (wie die Durchführung einer einschneidenden Steuerpolitik zur Stabilisierung) noch gefährlich und schwer durchführbar⁴⁹; so werden außer den Kosten, die notwendigerweise dem *kapitalistischen* Charakter der Entwicklung entspringen, noch eine Reihe »zusätzlicher Kosten« auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Durch eine strengere Kontrolle der Programmierungsorgane über die einzelnen kapitalistischen Gruppen wäre es wahrscheinlich möglich, der Arbeiterklasse ein etwas geringeres Maß an wirtschaftlichen Opfern abzuverlangen, und das könnte letzten Endes ihre politische Integration ins System erleichtern: aber diese Möglichkeit ist in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des europäischen Kapitalismus noch nicht herangereift⁵⁰. Darauf ist die Härte und Starrheit der »Einkommenspolitik« zurückzuführen, die oft zu den Schwierigkeiten bei ihrer Verwirklichung und zu ihrem partiellen Scheitern beigetragen hat.

48 Vgl. noch einmal G. Myrdal, a. a. O., aber auch F. Forte, *La congiuntura in Italia, 1961-65*, Einaudi, 1966, wo eine Reihe interessanter Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik der italienischen Regierung angestellt werden.

49 Nicht zufällig werden Maßnahmen, die den einzelnen Kapitalisten »Kosten verursachen« – zumindest teilweise – in den Ländern angewandt, deren institutionelle Planungsinstrumente am höchsten entwickelt sind: man denke z. B. an die in Frankreich praktizierte Politik der *Preiskontrolle* und die dadurch ausgelösten Reaktionen der Privatkapitalisten (vgl. das Kommuniqué der Preiskommission des Conseil National du Patronat Français, veröffentlicht in *L'Usine Nouvelle* vom 4. November 1965).

50 In der Tat ist es auch in Ländern wie Frankreich, wo die Planungsinstrumente relativ höher entwickelt sind, nicht gelungen, eine Stabilisierungspolitik durchzuführen, ohne das Wirtschaftswachstum stark zu verlangsamen, mit all den wirtschaftlichen Kosten, die der Arbeiterklasse dadurch aufgebürdet worden sind (auch wenn dieses Versagen zum Teil auf die »Verzerrungen« zurückzuführen ist, die die »Politik des nationalen Prestiges« auch auf wirtschaftlicher Ebene hervorgerufen hat).

4. Die Kontrolle der Arbeitskraft

Wir haben gesehen, was für eine wichtige Funktion die Kontrolle des organisierten Verhaltens der Arbeitskraft unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kapitalismus erfüllt: sie kann der kapitalistischen Politik ermöglichen, die verschiedenen widersprüchlichen Faktoren, die einen kumulativen Prozeß negativen Vorzeichens auszulösen drohen, zusammenzufassen und in eine Art von »positivem kumulativen Prozeß« einmünden zu lassen. Sie ist auch unter dem Gesichtspunkt der Veränderungen im Produktionsprozeß (Kontrolle des Beschäftigungsniveaus und der Arbeitsbedingungen) von wesentlicher Bedeutung. Wenn es den Kapitalisten gelingt, diese Kontrolle durchzuführen, können sie einen Prozeß der Nachfrageausweitung »in Gang setzen«, der die Investitionstätigkeit anregt, ohne einen inflationären Auftrieb auszulösen; so können sich Konsum- und Investitionsnachfrage in einem nicht-inflationären Wachstumsprozeß verbinden, statt entweder zu einer inflationären Expansion oder zu einer Rezession zu führen. Dies ist, wohlgemerkt, keine *hinreichende* Bedingung zur Vermeidung der Inflation: inflationistische Impulse können außer von den Löhnen von zahlreichen anderen Faktoren ausgehen. Im allgemeinen entspringen sie sogar einem Engpaß oder einem Mangel *auf der Angebotsseite* (d. h. auf der Seite der Produktion) in einem bestimmten Wirtschaftssektor. Die Lohnkontrolle würde jedoch vor jenem geringfügigen inflationären Druck schützen, der allein von dem Kostenniveau (und von seinen Auswirkungen auf die Profiterwartungen der Unternehmer) verursacht wird und der oft der »Funke« ist, der den ganzen umfassenden inflationären Prozeß »entzündet«.

Die Notwendigkeit einer Kontrolle gilt vor allem für drei Problemkreise:

1. *Lohnkontrolle*, 2. *Kontrolle des Beschäftigungsniveaus*, 3. *Kontrolle des Arbeitsverhaltens*. Die Notwendigkeit, diese für das Wirtschaftswachstum entscheidenden »Variablen« unter Kontrolle zu bringen, impliziert jedoch die Notwendigkeit, auch alle anderen objektiven und subjektiven Bedingungen, die auf sie einwirken, zu kontrollieren. Es gilt also, eine größere Anzahl von Faktoren zu kontrollieren, und das Problem, wie diese Kontrolle zu bewerkstelligen ist, wird damit komplexer.

1. *Lohnkontrolle*. – Die Lohnkontrolle hängt einerseits von der *Lage auf dem Arbeitsmarkt* und andererseits von dem *Verhalten der Organisationen* ab, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind; dieses Verhalten ist jedoch teilweise von dem ersten Faktor bedingt (selbst die Indu-

striellen, die sich gegen jedes Zugeständnis wehren, sind bereit, für qualifizierte Arbeiter einen hohen Preis zu zahlen, wenn es an solchen Arbeitskräften fehlt; und selbst die Gewerkschaften, die vollkommen ins System integriert sind, stellen weitgehende tarifpolitische Forderungen auf, wenn Vollbeschäftigung herrscht und wenn die Lohndrift von den Unternehmern sowieso ausgelöst werden würde); außerdem sind die Gewerkschaften dem Druck der Arbeiterklasse ausgesetzt, der nicht nur auf den objektiven ökonomischen Bedingungen und auf der Beschäftigungslage beruht, sondern auch auf anderen, direkt oder indirekt politischen Faktoren (die spontanen oder organisierten Charakter haben können)⁵¹.

2. *Kontrolle des Beschäftigungsniveaus.* – Sie ist zugleich ein Ziel und ein Instrument der kapitalistischen Politik. Es geht in erster Linie darum, die Schwankungen im Beschäftigungsstand durchzusetzen, die von den technologischen Veränderungen hervorgerufen werden; zweitens gilt es, die durch die technologischen Veränderungen freigesetzten Arbeitskraftreserven zur Kontrolle der Variablen »Lohn« auszunutzen. Aber es geht auch darum, das Ausmaß dieser Schwankungen zu kontrollieren, d. h. zu vermeiden, daß sie sich zu einer Massenarbeitslosigkeit ausweiten, die einen Rückgang der Zuwachsrates der Nachfrage bewirken würde. Vor allem kommt es also darauf an, die Gewerkschaftspolitik, die sich diesen Schwankungen widersetzen könnte, (und den »Druck der Arbeiterbasis«, der sie beeinflussen kann) unter Kontrolle zu bringen; wenn die Schwankungen im Beschäftigungsniveau sich beträchtlich ausgeweitet haben, gilt es zweitens, auch das Verhalten der Unternehmer zu kontrollieren, um zu gewährleisten, daß es den Erfordernissen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht zuwiderläuft⁵².

51 Dieser Druck kann von einer Partei organisiert werden, und in diesem Fall ist er relativ unabhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt; wenn er dagegen spontan ist, hängt er stärker von den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ab, und zwar nicht so sehr, weil die Kampfbereitschaft nur diesen Bedingungen entspringt, sondern weil diese ihre spontane Verbreitung begünstigen, auch wenn es an einer Organisation fehlt, die sie von Anfang an zu verallgemeinern sucht.

52 Es erübrigt sich hier, ausführlich darauf einzugehen, auf welche Weise es z. B. der italienischen Regierung in den letzten beiden Jahren gelungen ist, die Kämpfe der Gewerkschaften gegen die Entlassungen unter Kontrolle zu bringen: wir alle wissen, wie die betrieblichen Kämpfe, die um diese Frage ausgetragen worden sind, ausgegangen sind und welche Funktion die Regierung beim Abschluß von Betriebsabkommen und bei der Verhinderung der Organisation von allgemeinen Kämpfen gehabt hat. Interessanter ist es dagegen, die Besorgnis der Regierung über die Politik der »leichtfertigen Entlassungen« zu beobachten, mit der einer Reihe von Betrieben (vor allem qualifizierte) Arbeitskräfte entzogen werden, die mit dem Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs erneut unentbehrlich

In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß der Dämpfungseffekt, den die Arbeitslosigkeit auf die Lohndynamik ausübt, kein Prozeß ist, in dem die Arbeitslosigkeit die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und damit die Lohndynamik einfach aufhebt: erstens, weil er im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Variablen auftritt, die alle auf die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse einwirken und oft einen *Anreiz* zum Kampf darstellen (und das gilt sogar für die Arbeitslosigkeit an sich)⁵³; zweitens, weil die Kampfbereitschaft auch von Faktoren bestimmt ist, die nicht direkt auf der unmittelbaren ökonomischen Situation beruhen⁵⁴. So kommt es in Zeiten der Arbeitslosigkeit sehr häufig – wenn auch nur vorübergehend – zu einer erhöhten Kampfbereitschaft. In dieser Situation treten jedoch andere Faktoren auf, die auch – wenngleich nur teilweise – mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen und verhindern, daß sich diese Kampfbereitschaft in eine Lohndynamik umsetzt. Erstens fällt der Lohnauftrieb weg, der von den Unternehmern selbst ausgelöst wird, indem sie versuchen, sich wechselseitig die Arbeitskräfte, vor allem die qualifizierten, abzuwerben: dieser Lohndruck ist aufgrund der von ihm verursachten Erscheinungen der Lohndrift in Zeiten der Hochkonjunktur eine nicht unbedeutende Komponente der Lohndynamik. Zweitens spielt in dieser Situation die politische Position der Gewerk-

werden; was in der Phase der konjunkturellen Wiederbelebung zu einer plötzlichen Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften mit dem dadurch bedingten Lohnauftrieb führt, und was, allgemeiner gesagt, eine Zersplitterung der hochqualifizierten Arbeitskräfte bewirkt, die vielleicht ins Ausland abwandern (vgl. den Artikel von Umberto Delle Fave in der Zeitschrift *Rassegna del Lavoro*, März 1965).

53 Die Arbeitslosigkeit kann z. B. im Rahmen einer Situation allgemeiner ökonomischer Schwierigkeiten des Systems auftreten, wodurch die Aspekte der Auflehnung gegen das System als solches, das für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird, sich verstärken, und daraus ergibt sich eine besonders entschiedene Kampfbereitschaft, die sich in verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Zielen ausdrücken kann. Wenn die Arbeitslosigkeit dagegen mit Rationalisierungsmaßnahmen einhergeht, ist sie oft mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Fabrik verbunden (was heute in Italien der Fall ist), und daraus erwachsen andere Forderungen. Schließlich liegt es wohl auf der Hand, daß die Notwendigkeit der Verteidigung des Arbeitsplatzes, die sich aus der Gefahr der Arbeitslosigkeit selbst ergibt, nicht nur Erscheinungen der »Anpassung« und des Kompromisses hervorruft, in der Hoffnung, von der Entlassung verschont zu bleiben, sondern auch einer der mächtigsten Faktoren ist, die zum Kampf antreiben.

54 Die antagonistischen Merkmale, die historisch in dem Kampfwillen der Arbeiterklasse heranreifen können, lassen sich durch die Erscheinungen der Konjunkturfalte nicht ohne weiteres aufheben, ja sie können dadurch sogar verstärkt werden. Der Prozeß, mit dem sie wieder ins System integriert werden, ist komplexer und langwieriger, und in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Zeiten der Hochkonjunktur günstiger dafür.

schaftsführung eine Rolle: die in den gegenwärtig vorherrschenden reformistischen Gewerkschaften ständig (zumindest unterschwellig) vorhandene Tendenz, die Kämpfe einzudämmen, nimmt in einer Situation der Konjunkturflaute einerseits zu und hat andererseits größere Wirksamkeit. Sie verstärkt sich hauptsächlich aus zwei Gründen: zum einen, weil die Gewerkschaften sich entsprechend ihrer reformistischen Ideologie selbst als Hilfsorgan zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität verstehen, die durch die Lohndynamik gefährdet werden könnte; zum anderen, weil die Bedenken und die konservative Einstellung, die alle bürokratischen Organisationen kennzeichnen, die Organisierung eines Kampfes unter schwierigeren Bedingungen, die den Erfolg ungewiß erscheinen lassen, stark erschweren. Und die Tendenz, die Kämpfe einzudämmen, ist wirksamer, weil das Gespenst der Arbeitslosigkeit, auch wenn es die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht schwächt, doch ihre Organisierung erschwert und ihren spontanen Druck beeinträchtigt, da einerseits die Gefahren größer sind und andererseits die Art der tarifpolitischen Forderungen, die in einer solchen Situation aufgestellt werden, auf Betriebsebene sehr viel schwerer durchsetzbar ist (d. h. auf der Ebene, auf der sich die Arbeiterklasse am leichtesten spontan zum Kampf organisieren oder die Gewerkschaftsorganisation kontrollieren kann)⁵⁵. Die Arbeitslosigkeit kann also letzten Endes nur dann einen wirksamen Druck ausüben, wenn sie mit einer Reihe anderer Bedingungen zusammenwirkt, und die erste dieser Bedingungen ist die Bremsaktion der Gewerkschaften. In diesem Sinne kann man sagen, daß die politische Zusammenarbeit der Gewerkschaften bei der Kontrolle des Drucks der Arbeiterklasse einerseits und eine gewisse Arbeitslosenquote andererseits einander ergänzende Instrumente sind: und nur ihre gemeinsame Anwendung bietet heutzutage eine ausreichende Garantie für die Lohnkontrolle. Aber darauf werden wir noch zurückkommen.

3. *Kontrolle des Arbeitsverhaltens.* – Veränderungen im Arbeitsverhalten der Arbeiter sind gleichzeitig eine Voraussetzung und eine Folge der technologisch-organisatorischen Veränderungen. Der Modernisierungsprozeß weist in der Tat zwei Aspekte auf. Zum einen bringt eine Produktivitätssteigerung, die ohne wesentliche Veränderungen in den Produktionsmitteln erzielt worden ist, schwerwiegende Veränderungen

⁵⁵ Der Kampf zur Sicherung des Beschäftigungsniveaus läßt sich von der Arbeiterklasse auf rein betrieblicher Ebene sehr schwer durchführen. Gleichzeitig gibt es – außer in Zeiten der Hochkonjunktur – nur sehr geringe Möglichkeiten, auf Betriebsebene vor Ablauf des Tarifvertrags Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

im Arbeitsverhalten mit sich (in der Regel eine direkte oder indirekte Intensivierung des Arbeitstempos): die Durchsetzung dieser Veränderungen ist für die Kapitalisten eine ökonomische und gleichzeitig eine gesellschaftlich-organisatorische Voraussetzung für die Durchführung der geplanten Neuerungen, da sie einerseits dazu beiträgt, die notwendigen Gewinnspannen zu erzielen, und andererseits sehr oft die Voraussetzungen für das präziser vorgeschriebene Arbeitsverhalten schafft, das nach der Einführung der Neuerung erforderlich ist⁵⁶. Zum anderen ruft die eigentliche Neuerung selbst natürlich bedeutende Veränderungen im Arbeitsverhalten hervor; eine unvollständige Einhaltung der neuen Normen kann schwerwiegende Auswirkungen auf die Produktivität (und folglich auf die Wirtschaftlichkeit) der Neuerung selbst haben⁵⁷. Auf dieser dritten Ebene wird die Kontrolle nicht nur über das organisierte, gewerkschaftliche Verhalten, sondern auch über das »spontane« Verhalten der Arbeitskraft besonders wichtig, da dieses nicht mehr nur indirekt wirksam wird (durch den Druck auf die Gewerkschaftsorganisation, die allein auf das allgemeine Lohn- und Beschäftigungsniveau Einfluß nehmen kann), sondern direkt auf die betreffenden Variablen einwirkt: eine starke, »spontan« auftretende Disziplinlosigkeit der Arbeiterklasse beeinträchtigt die Produktivität sehr schwer, auch wenn damit keine Forderung durchgesetzt wird.

Die kapitalistische Politik muß auf zwei Ebenen ansetzen, wenn sie versuchen will, diese drei grundlegenden Variablen zu kontrollieren, die auf das Verhalten der Arbeiterklasse einwirken: sie muß einerseits eine *Politik der intensiven Investitionen* und andererseits eine *politische Kontrolle der Gewerkschaften* betreiben.

Beide Aktionslinien weisen verschiedene Aspekte auf, die manchmal widerspruchsvoll erscheinen, aber deren Widersprüchlichkeit zu einer verstärkten kapitalistischen Kontrolle der Arbeitskraft ausgenutzt werden kann: diese scheinbare Widersprüchlichkeit läßt sich summarisch als eine Mischung aus Zwangselementen und aus Elementen freiwilliger Integration definieren, eine Mischung, die (in verschiedenen Dosierungen) die kapitalistische Politik gegenüber der Arbeiterklasse von jeher gekennzeichnet hat.

Die *Politik der intensiven Investitionen* ist nicht nur die Grund-

⁵⁶ Man denke beispielsweise an die Funktion der Intensivierung und Vereinheitlichung des Arbeitstempos als Vorbereitung auf eine höhere Stufe der Mechanisierung der Montagefertigungen.

⁵⁷ Man bedenke z. B., wie das ökonomische Gewicht der Wartungsprobleme durch die Automation ungeheuer zunimmt, und welche Folgen daher jede Nichtbeachtung der Normen und jede Verzögerung der Wartungsarbeiten haben kann.

voraussetzung für das »Überleben« des europäischen Kapitalismus in der gegenwärtigen Phase der internationalen Wirtschaftsintegration, sondern sie ist vor allem eine unerläßliche Voraussetzung für die Kontrolle der Arbeitskraft, und zwar in zweifacher Hinsicht. Vor allem ist sie die einzige Politik, die jene Art von Arbeitslosigkeit hervorbringen kann, die den politischen Zielen, die die Kapitalisten heute verfolgen, entgegenkommt: d. h. keine Massenarbeitslosigkeit (die sich negativ auf die Entwicklung der Konsumnachfrage auswirken würde) und keine rezessionsbedingte Arbeitslosigkeit, sondern eine Arbeitslosigkeit, die auf der Erhöhung des Verhältnisses zwischen »Neuerungsrate« und Zuwachsrate der Produktion beruht. Sie stellt letzten Endes die einzige Politik dar, die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum miteinander in Einklang zu bringen vermag. Und das ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt unbedingt notwendig: nämlich im Hinblick darauf, für die politische Kontrolle über die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung insgesamt wirtschaftliche Gegenleistungen anbieten zu können. Allein eine Politik intensiver Investitionen ist in der Lage, *heute* eine gewisse Arbeitslosenquote zu schaffen und sie – als Voraussetzung für eine intensivere Lohndynamik und eine Verbesserung des Lebensstandards *morgen* – durchzusetzen (wobei natürlich in Aussicht gestellt wird, daß sich die Situation wieder der Vollbeschäftigung annähern wird, ohne daß bestimmte Termine dafür genannt werden). Diese Politik verleiht dem Kapitalismus also gleichzeitig größere Durchschlagskraft und bessere Kontrollmöglichkeiten, die auf einer politischen Absprache beruhen. Aber diese doppelte Kontrolle wird nicht nur indirekt, durch die Steuerung »objektiver Bedingungen«, ausgeübt, sondern sie wird gleichzeitig direkt ausgeübt, und zwar im Wege von politischen Absprachen oder von politischen oder gesetzgeberischen Zwangsmaßnahmen gegenüber der Arbeiterbewegung. Der europäische Kapitalismus hat auf diesem Gebiet eine breite Skala von Aktionslinien entwickelt.

Bei ihrem Versuch, eine Politik »bindender Absprachen« mit den Gewerkschaftsorganisationen und mit der Arbeiterbewegung generell durchzuführen, verfolgen die verschiedenen europäischen Regierungen im wesentlichen folgende Linien:

a) *allgemeine Grundsatzabkommen über die »Einkommenspolitik« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern* (z. B. in Großbritannien); diese Abkommen ermöglichen im allgemeinen nur eine geringe unmittelbare Kontrolle (seit der Unterzeichnung des »Dreierabkommens« hat sich die Lohndynamik in Großbritannien verstärkt, statt sich abzuschwächen), was auf eine Reihe von Gründen zurück-

zuführen ist, die sowohl durch den *Arbeitsmarkt* als auch durch die *Struktur der Gewerkschaften* bedingt sind (letztere hängen davon ab, wie weitgehend die Autonomie der örtlichen Instanzen ist, welchen Einfluß der Druck der Basis auszuüben vermag, usw.): diesen Absprachen kommt jedoch eine große Bedeutung zu, wenn es darum geht, eine langfristige Politik zu bestimmen, bei der sich die Gewerkschaft verpflichtet, schrittweise jene Aspekte zu beseitigen zu suchen, die einer effektiven Verwirklichung der »Einkommenspolitik« im Wege stehen (und die Regierung wirkt in derselben Richtung)⁵⁸.

b) Ausbau dieser Absprachen zu regelrechten (*zum Teil selbsttätig wirkenden*) *Mechanismen der Kontrolle und Regulierung der tarifpolitischen Aktion und der Lohndynamik durch gesetzlich vorgeschriebene Konsultations- und Schlichtungsverfahren, Festsetzung von Lohnleitlinien, Formen von »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand«*, usw. (z. B. in Schweden und Holland); in einigen Fällen haben diese Mechanismen sich als sehr wirksam erwiesen (Schweden), während sie anderswo versagt haben (Holland); aber selbst in diesen Fällen haben sie dazu beigetragen, eine langfristige Tendenz in Gang zu setzen, die auf eine umfassendere Kontrolle der Löhne, des Beschäftigungsniveaus und des Arbeitsverhaltens zielt.

c) allgemeine Angebote der *Beteiligung der Arbeiterbewegung an der Wirtschaftsplanung* als Gegenleistung für bestimmte, von ihr eingegangene Verpflichtungen zur Kontrolle (oder Selbstkontrolle): dieser Weg ist bisher in Italien eingeschlagen worden, ohne daß weder der erste noch (teilweise) der zweite Aspekt dieser Politik näher definiert worden sind; sie hat allerdings zweifellos zu einer Stärkung der Vermittlungsfunktion der Regierung in den Tarifikämpfen beigetragen, die bisher das Hauptinstrument gewesen ist, mit dem die Regierung auf diesem Gebiet eingegriffen hat. Diese Politik wird seit geraumer Zeit auch in Frankreich praktiziert, wo sich die eindeutig subalterne Funktion dieser Beteiligung der Gewerkschaft – auch auf formaler Ebene – deutlicher abgezeichnet hat (es sei nur darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen örtlichen und nationalen Planungskommissionen den Unternehmensvertretern zahlenmäßig unterlegen sind).

d) *Bildung (oder Wiedereinführung) von Organismen zur »Mitbestimmung« in Fragen der Unternehmensleitung*, verbunden mit formalen oder faktischen Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit auf Betriebs-

⁵⁸ Zu der Art und Weise und den Grenzen, in denen diese zweifache Initiative in Großbritannien durchgeführt wird, vgl. die Studie von G. Cyriax, in *The Banker*, November 1965.

ebene (und mit politischen Gegenleistungen, die auf allgemeiner Ebene faktisch zugestanden werden): diese Linie ist vor kurzem in Frankreich mit dem neuen Gesetz über die »comités d'entreprise« eingeleitet worden.

Bei der Schaffung der gesetzgeberischen Instrumente zur Zwangskontrolle der Gewerkschaftsaktion sind bisher hauptsächlich folgende Wege eingeschlagen worden:

a) *Einführung von unumschränkten »Notstandsvollmachten«*, auf die die Regierung in bestimmten, besonders ernsten Situationen zurückgreifen kann, um die gewerkschaftliche Aktivität einzuschränken oder zu unterdrücken (s. den Entwurf der Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik);

b) *Versuche der Einschränkung des Rechts, »politische Streiks« durchzuführen* (die in verschiedenen Ländern, u. a. auch in Italien, unternommen worden sind)⁵⁹;

c) *Einschränkung des Streikrechts der Beamten* (z. B. in Belgien und in Frankreich; auch in Italien sind jüngst Versuche in dieser Richtung unternommen worden);

d) *Einführung hoher Strafen für Gewerkschaften, denen es nicht gelingt, wilde Streiks zu verhindern*, um zu vermeiden, daß die an der Spitze getroffenen Absprachen durch autonome lokale Aktionen zunichte gemacht werden (derartige Vorschriften sind in der Bundesrepublik schon seit langem in Kraft, und gegenwärtig ist die Rede davon, sie auch in Großbritannien einzuführen);

e) *Formen der Zwangskonsultation* (an der Basis durch *Urabstimmung*, an der Spitze durch *Aussprachen mit dem Tarifgegner und der Regierung*) *vor der Ausrufung von Streiks und der Zwangsschlichtung während des Tarifkonflikts*. Diese Formen gehören zum Teil zu der ersten Art politischer Instrumente, da sie im allgemeinen aufgrund eines politischen Abkommens mit den Gewerkschaften eingeführt werden (wohingegen die anderen Beschränkungen der Gewerkschaftsaktion oft, zumindest formal, auf den Widerstand der Gewerkschaften oder eines Teils von ihnen stoßen). Sie sind in unterschiedlichem Ausmaß z. B. in Schweden und in der Bundesrepublik in Kraft, und in Großbritannien ist ihre Einführung geplant.

Die Verwirklichung dieser beiden Bedingungen (Investitionen und politische Kontrolle der Gewerkschaften) stellt die kapitalistische Politik vor erhebliche Schwierigkeiten. Während sich diese beiden

⁵⁹ Wir verweisen auf das Urteil des Kassationshofes zum Thema »Solidaritätsstreik« u. ä., das vor 2 Jahren ergangen ist.

Ebenen nämlich in der Theorie voneinander trennen lassen, scheint der Kapitalismus in der Praxis vor der Notwendigkeit zu stehen, die Realisierung beider Bedingungen (zumindest bis zu einem gewissen Grade) *gleichzeitig* in Angriff zu nehmen. Eine Politik intensiver Investitionen, die nicht unmittelbar vom Staat abhängt und nicht das spontane Ergebnis einer Periode der Hochkonjunktur ist, bedarf in der Tat, um wirksam zu sein, eines Klimas des »Sozialfriedens«: einmal um eine relativ hohe Gewinnspanne zur Reinvestition zu realisieren, und zum anderen, um eine gewisse Garantie dafür zu bieten, daß diese Gewinnspanne auch in Zukunft erzielt wird; diese beiden Voraussetzungen, von denen die eine materieller, die andere psychologischer Natur ist, sind für einen wirksamen Investitionsanreiz unerlässlich. Andererseits ist es bisher fast noch nie gelungen, auf der Grundlage einer bloßen politischen Absprache eine dauerhafte Kontrolle der Gewerkschaften zu erreichen, ohne daß gleichzeitig materielle Zwangsfaktoren wirksam geworden wären (Arbeitslosigkeit): nur sie nämlich ermöglichen es, zugleich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen unter Kontrolle zu halten.

Es kann daher entweder zu einem »kumulativen Prozeß« kommen, in dem die parallelen Maßnahmen zur Verwirklichung der beiden Bedingungen sich gegenseitig potenzieren, oder es ergibt sich eine Art von »circulus vitiosus«, bei dem die Schwierigkeiten, die bei der Inangriffnahme der einen auftreten, die Inangriffnahme der anderen unmöglich machen⁶⁰. Auch das erklärt, warum man bestrebt ist, »Dreierabkommen« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern abzuschließen oder andere Formen von Absprachen zu treffen, auch wenn man weiß, daß sich ihre Durchführung (jedenfalls vorläufig) nur teilweise durchsetzen läßt: es ist der Versuch, eine Voraussetzung für die Inangriffnahme (»take-off«) des oben erwähnten Prozesses zu schaffen. Der Abschluß eines politischen Übereinkommens mit den Gewerkschaften oder der Erfolg einer Reihe von vermittelnden Eingriffen der Regierung zur Drosselung der Arbeitskämpfe können – auch nur vorübergehend – einen »Lohnstopp« bewirken und ein ökonomisches und politisches »Vertrauensklima« schaffen, das die Einleitung einer Investitionspolitik erleichtern oder ihre Forcierung begünstigen kann. Auch wenn eine solche Situation ungewiß und von kurzer Dauer

⁶⁰ Das gilt – zumindest in gewissen Grenzen – für die Entwicklung in Italien in den letzten Jahren, auch wenn jetzt die Bedingungen für die Durchbrechung des »circulus vitiosus« und für die Einleitung des »kumulativen Prozesses« heranzureifen scheinen, dank des politischen Wohlverhaltens der Gewerkschaften, einiger bahnbrechender Konzentrations- und Investitionsinitiativen großer Unternehmen und einer Wiederbelebung der Nachfrage (vor allem der Auslandsnachfrage).

ist und schon bald wieder dieselben Probleme wie früher auftreten können, so treten sie doch unter zumindest teilweise veränderten Bedingungen auf, da die Einleitung einer Politik der Rationalisierungsinvestitionen die Position der Unternehmer inzwischen konsolidiert hat.

Hiervon ausgehend lassen sich zwei weitere Betrachtungen anstellen. In erster Linie zeigt sich, daß eine leichtfertige Skepsis hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der »Einkommenspolitik« (sowie ein gewisser, daraus resultierender »Optimismus« der Gewerkschaften und die damit verbundene Unterschätzung der Stillhalteabkommen, die die kapitalistische Politik immer wieder erreicht) kaum gerechtfertigt sind; die Bedeutung bestimmter Absprachen ist zeitlich nicht so eng begrenzt oder auf die Ebene der »ideologischen Mystifikation« beschränkt, sondern liegt darin, daß ein weitreichenderer Prozeß in Gang gesetzt wird: und angesichts dieses weitreichenderen Prozesses ist selbst das Scheitern mancher Absprachen in der Praxis⁶¹ oft relativ unwichtig.

Zweitens zeigt sich, daß das Verhältnis zwischen Lohndynamik und Investitionen weitaus komplexer und widerspruchsvoller ist als der einfache »Stimulierungseffekt«, von dem im allgemeinen die Rede ist. In der Anfangsphase des Booms war die Lohndynamik mit einer Anregung der Investitionstätigkeit verbunden: aber diese Anregung erfolgte weniger auf der Kostenseite als vielmehr auf der Seite der zusätzlichen Nachfrage, die durch das Ansteigen des Lohn- und Beschäftigungsniveaus hervorgerufen war, und sie führte dementsprechend eher zu Erweiterungs- als zu Rationalisierungsinvestitionen. Die weitere Entwicklung der Lohndynamik hat die Rationalisierungserfordernisse heranreifen lassen, ohne daß diese sich jedoch sofort in einer Steigerung der Investitionstätigkeit niedergeschlagen haben: zunächst ist es zu einer Rezession und der daraus folgenden Lohnbremsung gekommen, und erst dann – in einer veränderten politischen und wirtschaftlichen Situation – hat in relativ großem Maßstab eine Politik der Rationalisierungsinvestitionen eingesetzt, deren Ausmaß auch heute noch den größten Unsicherheitsfaktor in der italienischen Wirtschaftsentwicklung darstellt. Man könnte also sagen, daß die Lohndynamik durch die Verstärkung der Rationalisierungskomponente zwar die Art der Investitionsperspektiven *bestimmt* hat, ohne jedoch die *Einleitung der Investitionstätigkeit* bewirkt zu haben: im Gegenteil, dazu bedurfte und bedarf es der Garantie einer starken Bremsung der Lohndynamik. Auch wenn bei diesem Prozeß zweifellos einige spezifische

61 D. h. die Tatsache, daß die Lohnerhöhungen über die vorgesehene Zuwachsrate hinausgegangen sind, wie es in Großbritannien der Fall ist.

Merkmale des italienischen Kapitalismus zu berücksichtigen sind (nämlich Wirtschaftswachstum bei niedrigem Lohnniveau), zeigen ähnliche Beispiele anderer Länder, daß es zwischen der Lohndynamik und der Verwirklichung des durch sie bedingten Investitionsanreizes zu einer »Phasenverschiebung« kommt: und um dieser Erscheinung zu begegnen, bedarf es eben jener Art von politischen Absprachen und von Kontrolle über die Gewerkschaften, auf die in den letzten Jahren in Europa immer häufiger zurückgegriffen wird.

B. PROBLEME DER ENTWICKLUNG DES ITALIENISCHEN KAPITALISMUS IM INTERNATIONALEN KONTEXT

1. Die Grundziele und die Bedingungen ihrer Verwirklichung

Die italienische kapitalistische Wirtschaftsplanung, die sich in den letzten Jahren langsam und unter Widersprüchen entwickelt hat, mußte die grundlegenden Zielsetzungen eines Jahrfünfts bestimmen, das von der zunehmenden »Internationalisierung« der italienischen Wirtschaft gekennzeichnet war. Zu den schwierigen Problemen, die dieser Prozeß der internationalen Integration als solcher aufwarf, sind einige besonders erschwerende Faktoren hinzugekommen: die italienische Wirtschaft mußte nämlich die Endphase dieses Prozesses in einer Periode der Konjunkturkrise und des darauffolgenden mühsamen Wiederanziehens der Konjunktur bewältigen⁶². Man kann sogar behaupten, daß die Wirtschaftsplanung erst in dem Moment deutlicher Gestalt angenommen hat, in dem sie begann, diese neuen und komplizierten Probleme, die sich aus der gleichzeitigen Intensivierung der internationalen Integration und der Verschärfung der italienischen Konjunkturkrise ergaben, auf theoretischer und politischer Ebene und – wenn gleich partiell – auch auf der Ebene der Wirtschaftsorganisation in Angriff zu nehmen.

Auch deshalb läßt sich die Wirtschaftsplanung danach beurteilen, wie sie die Probleme löst, die sich auf drei Ebenen stellen: 1) die *Grund-*

⁶² Dieses zeitliche Zusammenfallen war nicht unvermeidlich: die italienische Konjunkturkrise ist nämlich zum großen Teil durch interne Faktoren bedingt, und die zunehmende internationale Integration hat nur teilweise (durch ihren Einfluß auf den Außenhandel z. B.) oder indirekt (durch ihren indirekten Einfluß auf den Lohnauftrieb) zum Auftreten der Krise beigetragen.

ziele, die in dem Jahrfünft verwirklicht werden sollen, 2) die *unerläßlichen Bedingungen zur Gewährleistung ihrer Verwirklichung* im Laufe des Jahrfünfts, 3) die »*Startprobleme*«, d. h. die Probleme des Übergangs von der gegenwärtigen Konjunkturabschwächung zu einem Entwicklungsprozeß, der den beiden ersten Bedingungen adäquat ist. Das vieldiskutierte Verhältnis zwischen »Konjunkturpolitik« und »Wirtschaftsplanung« besteht also in erster Linie darin, sofort einen intensiveren Entwicklungsprozeß als den derzeitigen in Gang zu setzen: das ist nämlich die Grundvoraussetzung aller langfristig angelegten wirtschaftspolitischen Linien, die in Italien gegenwärtig vorge schlagen werden; welche Wachstumsrate auch immer als »unerläßliches Minimum« für das Jahrfünft angenommen werden mag, ob sie nun weit unter der der Jahre 1955–62 liegt oder ob sie sie fast erreicht, auf jeden Fall ist sie sehr viel höher als die Zuwachsrate der Jahre 1964–65, die bei etwa 3 % lag.

Bei der Bestimmung der Lösungen der beiden ersten Problemkreise (d. h. der langfristigeren) können wir von einigen grundlegenden Variablen der Wirtschaftsentwicklung ausgehen: *Bruttosozialprodukt*, seine Verteilung zwischen *Investitionen* und *Verbrauch*, *Produktivität* (*Gesamtproduktivität* und *Produktivität nach Sektoren*), *Beschäftigungsniveau*⁶³. Die verschiedenen Lösungen sind nicht nur durch die *verschiedenen Größen* bestimmt, die diese Variablen in ihnen annehmen, sondern auch durch die *Rangordnung der Prioritäten*, die ihnen jeweils zugewiesen wird: d. h. dadurch, welche Variablen sozusagen »unabhängig« werden, in dem Sinne, daß die Bestimmung ihrer Größe Priorität gewinnt und die Größen einer Reihe anderer Variablen von ihr »abgeleitet« oder jedenfalls so festgesetzt werden, daß sie mit ihr in Einklang sind⁶⁴.

Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich selbst in den politischen Dokumenten des italienischen Kapitalismus zwei unterschiedliche »Denkweisen« erkennen.

Die eine dieser beiden Denkweisen hat den Text des »Fünfjahresplanes« selbst geprägt und ist – wenn auch mit bezeichnenden Nuancie-

63 Es handelt sich hier natürlich weder um eine erschöpfende Darstellung, noch um ein »Modell«, in dem die Beziehungen dieser Variablen untereinander genau festgelegt sind. Wir haben diese Variablen lediglich als die einfachsten und anschaulichsten »Indikatoren« gewählt.

64 Auch hier sind die Begriffe (»unabhängige Variable«, »abgeleitet«, usw.) im weiteren Sinne und nicht in formal strengem Sinne zu verstehen. Es handelt sich übrigens oft um Variable, die sich aufgrund ihrer Verschiedenartigkeit kaum messen lassen oder die in ein vielschichtiges Netz von Wechselbeziehungen eingefügt sind, die wir hier nicht berücksichtigen.

rungen – im Laufe aller aufeinanderfolgenden Fassungen beibehalten worden⁶⁵, so daß sie als typischer Ausdruck der »Ideologie der Mitte-Links-Regierung« betrachtet werden kann. Diese Denkweise läßt sich schematisch folgendermaßen umreißen. Vorrang wird zwei Arten von allgemeinen Zielen zuerkannt: einerseits der *Vollbeschäftigung* und andererseits der *Überwindung der krassesten Ungleichgewichte zwischen Industrie und Landwirtschaft sowie zwischen Nord- und Süditalien*⁶⁶. Ausgehend von diesen Zielen gilt es, die Bedingungen für ihre Verwirklichung und jene »zusätzlichen Bedingungen« zu bestimmen, die sich zwangsläufig aus der Tatsache ergeben, daß ihre Verwirklichung sich im Rahmen der zunehmenden internationalen Integration der italienischen Wirtschaft vollziehen muß⁶⁷.

Die andere Denkweise läßt sich anhand des Gutachtens des CNEL*)⁶⁸ und der jüngsten Reden des Notenbankpräsidenten Carli⁶⁹ veranschaulichen. Wir wollen sie kurz umreißen. Die *zunehmende Integration der italienischen Wirtschaft in den Weltmarkt* erfordert eine rasche und starke *Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität* (und insbesondere einiger Schlüsselbereiche). Aus diesem Grundziel ergeben sich verschiedene Notwendigkeiten, und zwar im Hinblick auf das *Investitionsniveau, die Struktur des Betriebs und des Wirtschaftszweigs* und auf das *technologische Niveau*, das darauf beruht. Eine Reihe anderer Aspekte (*Beschäftigungsstand, Lohn- und Konsumniveau, regionale und sektorale Disproportionen*) müssen – zumindest einstweilen – den ersteren strikt untergeordnet werden.

Aus diesen beiden »Denkweisen« können sich zwei sehr ähnliche »Ent-

* »Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro«, Nationalrat für Wirtschaft und Arbeit

65 Ihre Entwicklung läßt sich im wesentlichen anhand folgender Dokumente verfolgen: »Nota aggiuntiva« des Ministers La Malfa vom 22. Mai 1962 (vgl. Beilage zu *Mondo Economico*, 30. Mai 1962), »Rapporto Saraceno« (vgl. die Zusammenfassung in *Mondo Economico*, 25. Januar 1964), »Bozza del programma quinquennale« oder »Piano Giolitti« (vgl. *Mondo Economico*, Beilage, 4. Juli 1964), »Progetto di programma quinquennale« oder »Piano Pieraccini« (vgl. Beilage zu *Mondo Economico*, 20. Februar 1965).

66 Vgl. »Piano Pieraccini«, Teil I. Kapitel II.

67 Wir stellen hier die Rangordnung der Prioritäten und die damit verbundene Ideologie dar, wie sie aus den offiziellen Verlautbarungen hervorgeht und nicht wie sie von einigen Befürwortern der ersten Mitte-Links-Regierung vertreten werden (Lombardi), für die die Verwirklichung der vorrangigen Ziele selbst zur schrittweisen Einführung von Ungleichgewichten im kapitalistischen Herrschaftssystem diene.

68 Vgl. die Beilage zu *Mondo Economico*, 10. April 1965.

69 Vgl. insbesondere die Rede anläßlich des Weltspartags (*Mondo Economico*, 6. November 1965).

wicklungsmodelle« ergeben (und das ist auf theoretischer Ebene auch zum Teil der Fall). In der Praxis weisen sie gegenwärtig allerdings bedeutende Unterschiede auf.

Das erste Schema birgt nämlich die Gefahr einer *Unterschätzung des internationalen Integrationsprozesses und seiner Folgen* in sich, d. h. die Tendenz, die »Sachzwänge« zu unterschätzen, die dieser Prozeß mit sich bringt, wenn vermieden werden soll, daß die ganze italienische Wirtschaft in eine tiefe Krise gerät⁷⁰. Wenn man von einer solchen Einschätzung ausgeht, erscheint es nicht so schwierig, die Verwirklichung der beiden Grundziele (Vollbeschäftigung und Überwindung der Ungleichgewichte) auch innerhalb der nächsten fünf Jahre mit dem Prozeß der internationalen Integration in Einklang zu bringen.

Aus dieser ersten Fehleinschätzung ergeben sich zwei weitere Mängel. In erster Linie entspricht dieses Denkschema nicht den Vorstellungen, die den wichtigsten langfristigen politischen Entscheidungen zugrunde liegen, die bisher nicht nur von der privaten, sondern auch von der öffentlichen Wirtschaft getroffen worden sind. Sowohl die privaten als auch die staatlichen Wirtschaftsunternehmen haben sich nämlich in den Jahren 1964–65 in ihrer Politik nicht so sehr von den »vorrangigen Zielen«, die in dem Programmwurf formuliert worden waren, als vielmehr von den zwingenden Erfordernissen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft leiten lassen. Diese Diskrepanz zwischen den im Plan aufgestellten Prioritäten und jenen, an denen sich die Wirtschaft tatsächlich orientiert, stellt einen schwerwiegenden Mangel dar für einen Plan, der im großen und ganzen prognostischer Natur ist und nicht vorsieht (oder jedenfalls nicht dafür geeignet ist), eine bestimmte Rangordnung der Prioritäten *durchzusetzen*, auch wenn sie von der von der Wirtschaft aufgestellten abweicht. Der Beweis dafür ist in der Tatsache zu sehen, daß die konkreten politischen Maßnahmen der Regierung praktisch dieselbe »Rangordnung der Prioritäten« beachten, an die sich die Unternehmer halten und die in den allgemeinen Erklärungen, die sich an dem Problem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren, vertreten wird: der Hinweis auf die im Plan gesetzten Prioritäten wirkt so schließlich nur als hemmendes und verzögerndes Moment, als *Unsicherheitsfaktor bei der Verwirklichung jener Maßnahmen, die den »Grundsätzen« des Wirtschaftsplanes am eindeutigsten widersprechen.*

Zweitens wird durch diese Widersprüchlichkeit und die dadurch be-

⁷⁰ Davon zeugen die Befürchtungen, die in dem ganzen Text des »Parere del CNEL« (Gutachten des CNEL, a. a. O.) zum Ausdruck gebracht werden (s. insbesondere S. VIII–IX und XI–XIII), auf die wir noch zurückkommen werden.

dingte Unschlüssigkeit die Wirksamkeit dieser Position bei der Bewältigung der Probleme der »Ingangsetzung« dieser Entwicklungsphase beeinträchtigt.

Im großen und ganzen also wirkt die erste der oben skizzierten Positionen auf die großen Variablen der Wirtschaftsentwicklung nur in dem Maße ein, wie sie *faktisch mit der zweiten übereinstimmt*. Es ist also vertretbar, letztere als wesentlichen Bezugspunkt für die Analyse der Politik des italienischen Kapitalismus zu wählen.

Bevor wir diese politische Linie eingehender untersuchen, seien noch zwei Bemerkungen zu der ersten, d. h. der »offiziellen Planungspolitik« der Regierung, gemacht.

Erstens beruhen die Inkohärenz und die Mängel der Regierungsverlautbarungen über das Entwicklungsprogramm – zumindest teilweise – noch auf jenem blassen »ideologischen Überrest« der offiziellen Position der Arbeiterbewegung zu der »demokratischen Programmierung«, der in den Erklärungen Pieraccinis und des Planungsbüros noch vorhanden ist. Typisch für diese Position ist, daß dem Ziel der Vollbeschäftigung oder der raschen Beseitigung der »historischen Ungleichgewichte« oder der starken Expansion des »Staatsverbrauchs« nach wie vor »grundsätzlich« Priorität eingeräumt wird, während alle Wirtschaftsbereiche (einschließlich der vom Staat kontrollierten) sich an andere Prioritäten halten und weder ein politischer Wille noch die notwendigen Zwangsmittel zur Veränderung dieser Prioritäten gegeben sind. Und typisch ist die eng mit dieser Rangordnung der Prioritäten verbundene Unterschätzung der internationalen Dimension und der »Imperative«, die sie dem italienischen Kapitalismus auferlegt: mit der These der vorrangigen Durchsetzbarkeit der oben erwähnten Ziele *im Rahmen des bestehenden Systems* werden die absehbaren Folgen der internationalen Integration beschönigt oder verschleiert.

Zweitens vollzieht sich bereits – nicht nur in der Praxis, sondern auch in den Erklärungen – eine Anpassung der Regierungsposition an die zweite, einschneidendere kapitalistische Planungslinie (die wir als die »Linie Petrilli-Carli« bezeichnen könnten). Das wichtigste Beispiel dafür ist die »nota aggiuntiva« zum Entwicklungsprogramm⁷¹, in der – wenngleich unter vielen Vorbehalten und nicht völlig konsequent – einige außerordentlich bedeutsame Bemerkungen des CNEL etwa zum Problem der Beschäftigungslage übernommen werden⁷².

71 Vgl. den Text in der Beilage zu *Mondo Economico*, 20. November 1965.

72 »In dem Zeitraum 1966–70 wird das Angebot an Arbeitskräften eine Zuwachsrate aufweisen, die leicht unter der vom Plan vorhergesehenen Steigerung liegen

2. Die »Linie Carli-Petrilli« in der Stellungnahme des CNEL zum Fünfjahresplan

Wie bereits erwähnt, beginnt der CNEL seine Betrachtungen damit, die »Mindestwachstumsziele« des *Bruttosozialprodukts* aufzustellen, die die italienische Wirtschaft erreichen muß, »um in dieser äußerst heiklen Phase des Aufbaus des Gemeinsamen Marktes und der von der Kennedy-Runde eröffneten Möglichkeiten eine eindeutige Verschlechterung der eigenen Position zu vermeiden, die die weiteren Entwicklungsperspektiven erheblich beeinträchtigen würde, da sie im Rahmen des neuen Wirtschaftsraumes zu einer gefährlichen Verschärfung der Ungleichgewichte führen und unser Land zu einer schwer zu überwindenden subalternen Rolle verurteilen würde«⁷³.

Es muß also erstens geprüft werden, ob die im Plan vorgesehene durchschnittliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 5% im Jahrfünft diesen Mindestbedingungen entspricht, und zweitens, welche Bedingungen erforderlich sind, a) um sie ausgehend von der gegenwärtigen Konjunkturlage zu verwirklichen, und b) um sie während des ganzen Jahrfünfts beizubehalten⁷⁴.

Die erste, allgemeinere Frage kann positiv beantwortet werden, wenn auch mit einigen Einschränkungen: das Ziel einer Jahreszuwachsrate von 5% ist vertretbar, sofern man berücksichtigt, daß es tatsächlich einen *Mindestwert* darstellt, der auf keinen Fall unterschritten werden darf; nicht umsonst empfiehlt der »Bericht über die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven in der EWG« für Italien eine höhere durchschnittliche Wachstumsrate, und zwar 5,75%, »in der Sorge, ein ausgewogenes Wachstum der Wirtschaft der Gemeinschaft zu gewährlei-

wird. Die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in den beiden letzten Jahren hat den Prozeß der Absorption landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch die anderen produktiven Wirtschaftszweige eingedämmt, und dieses Phänomen wird wahrscheinlich in den ersten Jahren des nächsten Jahrfünfts noch fortbestehen« (S. VII). Eine genauere Voraussage dieses Phänomens wird jedoch sofort danach vermieden und sein Ausmaß wird mit folgenden vagen Bemerkungen eingeschränkt: I) »es kann davon ausgegangen werden, daß das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften, das durch die Abnahme des Beschäftigungsgrades in der Landwirtschaft bedingt ist, niedriger sein wird, als im Programm vorgesehen worden ist«; II) »eine höhere Kapitalintensität, zu der es vor allem in den ersten Jahren in einigen Wirtschaftszweigen kommen kann, wird wahrscheinlich durch die Auswirkungen der umfassenden Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit auf die arbeitsintensiven Wirtschaftssektoren neutralisiert werden« (ibid.). Mit diesen beiden Bemerkungen wird die vorhergehende Feststellung sofort wieder aufgehoben, und alles bleibt beim alten.

73 S. Beilage zu *Mondo Economico*, a. a. O., S. V.

74 Ibid., S. IV

sten«⁷⁵. Schon hier läuft man also Gefahr, die Probleme zu unterschätzen, die sich aus der internationalen Integration ergeben.

Eine zweite, größere Gefahr betrifft das *Niveau der Produktivität* (und der zu ihrer Verwirklichung notwendigen *Investitionen*) – insbesondere in der *Industrie* –, das zwangsläufig sowohl mit der Erreichung der festgesetzten Zuwachsrate als auch mit der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft zusammenhängt. Das Problem der *Industrieinvestitionen* wird damit zum zentralen Thema der Ausführungen des CNEL⁷⁶; und hier werden die »Besorgnis« und die Kritik besonders eindringlich: während die Voraussagen über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts dem Minimum, das noch mit der internationalen Integration Italiens vereinbar ist, entsprachen, ohne dieses Minimum jedoch zu unterschreiten, wird an mehreren Stellen darauf hingewiesen, daß die vorgesehene Entwicklung der Investitionen und Produktivität über die »Verträglichkeitsgrenze« der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hinauszugehen droht⁷⁷. Diese Kritik betrifft nicht nur die *quantitative* Gesamthöhe der Investitionen, sondern ihr liegt auch eine andere *qualitative* Einschätzung der Investitionen zugrunde (d. h. eine andere Beurteilung des Grenzverhältnisses Kapital-Bruttosozialprodukt und des Verhältnisses Kapital-Beschäftigte). Diese beiden gleichermaßen bedeutsamen Aspekte sind auf die starke Betonung des »technologischen Sprungs« zurückzuführen, den die italienische Wirtschaft in den nächsten Jahren vollziehen muß, um sich in den kapitalistischen Weltmarkt integrieren zu können.

Diese Notwendigkeit wird mit einer Reihe von Faktoren begründet:

a) in erster Linie zeichnet sich heute »in den hochentwickelten Industrieländern und selbst im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eine Tendenz zur forcierten Einführung technologischer Neuerungen [ab], die die Verwendung eines sehr hohen Anteils des Bruttosozialprodukts für produktive Investitionen und damit einen intensiven Akkumulationsprozeß voraussetzt«⁷⁸;

75 Ibid., S. V.

76 Ibid., »Osservazioni conclusive« (Schlußbetrachtungen), S. XI.

77 Auch nach den diesbezüglichen Erklärungen des Planungsbüros »ist von mancher Seite der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, daß das im Entwurf angewandte Kriterium zur Berechnung der Produktivität die Steigerung der Industrieproduktivität unterschätzt« (S. IX); außerdem »hält der CNEL es für fraglich, ob die im Programmentwurf vorgesehenen Investitionen nicht nur den früher erreichten Werten entsprechen, sondern auch den höheren Anforderungen an die Leistungsfähigkeit gerecht werden, die ein System erreichen muß, das sich in zunehmendem Maße in einen Markt einschalten wird, auf dem weit fortgeschrittenere Industrieländer als Italien tätig sind« (S. X).

b) für Italien kommt es nicht nur darauf an, mit dieser Tendenz »Schritt zu halten«, da das technologische Ausgangsniveau Italiens nach wie vor insgesamt niedriger ist als das der anderen EWG-Länder; es gilt vielmehr, den »Rückstand aufzuholen«. Nun liegt aber die im Fünfjahresplan vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität (Jahresdurchschnittsrate 4,45%) unter der Zuwachsrate, die für die Bundesrepublik vorgesehen ist (5,1%), und nur geringfügig über den entsprechenden Werten für Belgien (4,25%) und Frankreich (3,7%). Nach Ansicht des CNEL »ist zu prüfen, ob der geringe Vorsprung Italiens ausreicht, um den Abstand zwischen den verschiedenen Ländern, entsprechend den für die Verwirklichung der EWG vorgesehenen Fristen, zu verringern, zumal sich inzwischen die Arbeitskosten in Italien insgesamt denen der anderen Länder, mit denen wir im direkten Wettbewerb stehen, angleichen«⁷⁹.

c) für Italien werden also in den nächsten Jahren einige »Vorzugsbedingungen« wegfallen, die vorübergehend ein im Vergleich zu den anderen Ländern niedrigeres technologisches und Produktivitätsniveau kompensieren konnten: nämlich einerseits die erwähnten *niedrigen Arbeitskosten* und andererseits die *Reserven an nicht ausgenutzter oder unterbeschäftigter Arbeitskraft*⁸⁰.

d) mit diesen allgemeinen Bedingungen des »technologischen Sprungs« hängt auch die *qualitative* Kritik an den im Plan vorgesehenen Investitionen zusammen. Der Plan geht von einer allgemeinen Tendenz zur Verringerung des *Grenzverhältnisses Kapital-Bruttosozialprodukt* aus, »die auf einer höheren Rentabilität des Kapitals in einer hochentwickelten Wirtschaft beruht«. Der CNEL fragt sich nun, »ob man in Zukunft mit einem Anhalten dieser Tendenz rechnen kann oder ob nicht vielmehr eine Umkehrung dieser Tendenz zu erwarten ist, in dem

78 Vgl. S. III. Zu diesem Aspekt ebenso wie im allgemeinen zu dem ganzen Problem der Investitionen, die zu einer harmonischen Integration Italiens in den kapitalistischen Weltmarkt notwendig sind, vgl. die zitierte Rede des Notenbankpräsidenten Carli anlässlich des Weltspartags 1965.

79 S. IX. Nachdem darauf hingewiesen worden ist, daß »die vorgesehene Wachstumsrate der Industrieproduktivität unter der in den letzten fünf Jahren verzeichneten liegt«, wird weiter ausgeführt, daß »nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Aufrechterhaltung der in den vergangenen Jahren erreichten Zuwachsrate die Mindestbedingung für die Wahrung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist« (S. XII): hier zeigt sich ganz deutlich die Diskrepanz zwischen der im Plan vorgesehenen Tendenz und der vom CNEL empfohlenen Tendenz.

80 Auch wenn diese Arbeitskraftreserven zum Teil noch bestehen, legt »eine gewisse Starrheit unseres Arbeitsmarktes« die Vermutung nahe, daß sie die Funktion, die sie bisher erfüllten, in Zukunft immer weniger erfüllen werden (vgl. S. VII bis VIII).

Sinne, daß ein Reifenniveau erreicht wird, bei dessen Überschreitung der *qualitative Sprung* einer großen technologischen Umwälzung eintreten kann. Es erscheint nämlich unbestreitbar, daß die Erfahrungen anderer Länder – insbesondere der USA und der Bundesrepublik – und die entsprechenden Voraussagen der Wirtschaftsentwicklung dieser Frage große Aktualität verleihen . . . nach Ansicht des CNEL nähert sich dieser Zeitpunkt wahrscheinlich auch für die italienische Wirtschaft⁸¹. Hier setzt auch die Kritik an der Prognose über das *Verhältnis zwischen Kapital und Beschäftigten* an: »Das Ziel, in Italien unter Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein ausreichendes Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten . . . erscheint unrealisierbar, wenn keine neuen Arbeitsplätze mit einer Leistungsfähigkeit europäischen Niveaus, d. h. mit einer weitaus höheren Kapitalintensität als früher, geschaffen werden⁸²; auch in dieser Hinsicht laufen die Prognosen des Plans also Gefahr, das Phänomen zu unterschätzen.

Daß es sich bei diesen Bemerkungen weder um »Nuancen« noch um rein »akademische« Betrachtungen handelt, ergibt sich aus den sehr klaren Schlußfolgerungen, die der Bericht des CNEL (allerdings in der ihm eigenen *verschwommenen Sprache*) daraus für eine Reihe grundlegender Variablen der italienischen Wirtschaft zieht: für die anderen Komponenten, in die sich die Verwendungsarten des Bruttosozialprodukts aufgliedern (*soziale Aufwendungen*«, d. h. Staatsverbrauch, öffentliche und Wohnungsbauinvestitionen, sowie *Privatverbrauch*), für den *Beschäftigungsstand*, die *gebietsmäßige Verteilung der Wirtschaftstätigkeit* (und allgemeiner das Problem der Disparitäten) und für den *Zustrom von Auslandskapital*.

1) Der Bericht des CNEL weist eindeutig darauf hin, daß »die zur Finanzierung höherer Investitionen notwendigen Mittel nur auf zwei Wegen beschafft werden können: über die »sozialen Aufwendungen« und über die Sparneigung der Gesamtwirtschaft⁸³. Der Vorschlag der Verringerung der »sozialen Aufwendungen« (insbesondere der Mittel, die der Sozialversicherung zugeführt werden sollen)⁸⁴ trifft einen ent-

81 S. XII. In diesem Zusammenhang wird der Einwand zurückgewiesen, daß Italien aufgrund seines relativ niedrigen technologischen Niveaus diesen »qualitativen Sprung« später vollziehen wird; bekanntlich besitzen die technologischen Neuerungen nämlich die Tendenz zu ihrer Ausbreitung, durch die diese »zeitliche Phasenverschiebung« in dem technischen Fortschritt der verschiedenen Länder, vor allem in einer Situation offenen Marktes, aufgehoben wird, und das setzt die Länder mit niedrigem technologischen Niveau natürlich besonders starken »Sprüngen« und Spannungen aus (ibid.).

82 Vgl. S. XII.

83 Vgl. S. XIII.

84 Umgekehrt sollten dagegen die Mittel bleiben, »die zur Finanzierung großer In-

scheidenden Punkt des Plans, der ihn ideologisch mit den verschiedenen Vorschlägen »demokratischer Programmierung« verbindet: im Rahmen einer Wirtschaftsentwicklung, in der die Lohn- und Konsumdynamik rigoros kontrolliert ist, sollte das starke Gewicht der »sozialen Aufwendungen« nämlich eine ausschlaggebende Rolle spielen, um zumindest einige der »Bedürfnisse der Massen« zu befriedigen.

2) Unter der Bezeichnung »Sparneigung der Gesamtwirtschaft« werden in Wirklichkeit zwei bedeutende Spararten zusammengefaßt, die wir als »freiwilliges Sparen« und als »Zwangssparen« definieren könnten und die teilweise den beiden Finanzierungsarten der Unternehmensinvestitionen, Fremdfinanzierung und Eigenfinanzierung, entsprechen. Was das freiwillige Sparen anbelangt, so gilt es, die sowohl technisch-organisatorischen als auch psychologischen Bedingungen zur Anregung der Spartätigkeit zu schaffen (und – was sehr viel schwieriger ist – dafür zu sorgen, daß diese Ersparnis auch investiert wird⁸⁵): am ausführlichsten und klarsten hat der Präsident der italienischen Notenbank diese Bedingungen dargelegt⁸⁶; auch sie haben eine ganz bestimmte politische Dimension, da sie den vorübergehenden Verzicht auf bestimmte Kontrollmaßnahmen oder -instrumente implizieren können, die – auch wenn ihre Notwendigkeit von den Exponenten der kapitalistischen Politik grundsätzlich anerkannt wird – unmittelbare Störeffekte auf die Spar- und Investitionsneigung der privaten Wirtschaft haben könnten⁸⁷. Aber unmittelbare politische Auswirkungen auf die Arbeiterklasse hat vor allem der zweite Aspekt, d. h. die Herbeiführung von Voraussetzungen für die Erhöhung der *Kapitalbildung innerhalb der Unternehmen* oder, einfacher gesagt, eine Politik der *Profit-*

frakturarbeiten (Verkehrswege, Häfen, Fernmeldewesen) dienen oder die für die Entfaltung des Faktors Mensch des Wirtschaftswachstums (Schule, Berufsausbildung, wissenschaftliche Forschung) von grundlegender Bedeutung sind, Verwendungsarten, die ... eine unverzichtbare Voraussetzung für die Industrieinvestitionen im eigentlichen Sinne sind« (S. XIII). Hier haben wir ein weiteres Beispiel dafür, daß die den Industrieinvestitionen zuerkannte Priorität in der Konzeption des CNEL als striktes »Selektionskriterium« dient.

- 85 Seit Keynes glauben die Exponenten der kapitalistischen Wirtschaftspolitik nicht mehr, daß die Ersparnis sich restlos und unmittelbar in Investitionen umsetzt. Auch die jüngsten Daten über Ersparnis und Investitionen in Italien zeigen, daß auf einen gewissen Aufschwung der Sparbildung bisher noch kein entsprechender Aufschwung der Investitionstätigkeit gefolgt ist.
- 86 Vgl. die *Relazioni generali* (insbesondere die für 1964 und 1965), die Reden anläßlich des Weltspartags (vor allem die letzte, veröffentlicht in *Mondo Economico*, 6. November 1965, S. 51–52) sowie die Geschäftsberichte des Aufsichtsratsvorsitzenden der Banca Commerciale Italiana, Raffaele Mattioli.
- 87 Auf diese Aspekte, die alle das Problem betreffen, wie der Entwicklungsplan ausgehend von der heutigen konjunkturellen und politischen Situation in Gang gesetzt werden kann, kommen wir noch zurück.

steigerung auf Kosten der Löhne, die sowohl direkt – durch eine Bremsung der Lohndynamik – als auch indirekt – durch Formen der »Vermögensbildung«⁸⁸ praktiziert werden muß. In dieser Hinsicht stimmt die Position des CNEL im großen und ganzen mit der im Plan definierten Position überein (abgesehen von einer stärkeren Betonung der Sparförderungs politik gegenüber den abhängig Beschäftigten)⁸⁹: aber die Höhe der Ersparnis, die den Arbeitenden »abgerungen« werden soll, ist aufgrund des höheren Spar- und Investitionsanteils, der vom CNEL empfohlen wird, implizit viel größer. Das bedeutet eine Verschärfung der Politik gegenüber den Gewerkschaften. Zu diesem Aspekt paßt – auch wenn der Zusammenhang nicht ausdrücklich hergestellt wird – sehr gut ein anderer Punkt, in dem der CNEL von den Prognosen des Plans abweicht, nämlich das Beschäftigungsniveau.

3) In dem Gutachten des CNEL wird wiederholt die Möglichkeit angedeutet, daß die Arbeitslosenquote die im Plan angestellten Schätzungen übertreffen wird, und zwar aus vielfachen Gründen. Wir wollen hier einige, wenn auch wichtige Gründe, die mit der »Starrheit« des italienischen Arbeitsmarktes zusammenhängen⁹⁰, unberücksichtigt lassen und vielmehr die Gründe untersuchen, die sich unmittelbarer auf die vom CNEL formulierte Perspektive für die Entwicklung der Investitionen beziehen. Sie betreffen zwei miteinander verknüpfte Aspekte dieser Perspektive: erstens den höheren Anteil der *Rationalisierungsinvestitionen* an den Gesamtinvestitionen⁹¹ und zweitens die stärkere *Erhöhung der Kapitalintensität* (Verhältnis zwischen Kapital und Beschäftigten), die – zum Teil eben deshalb und zum Teil aufgrund allgemeinerer Überlegungen – in der Perspektive des CNEL vorausgesetzt wird⁹². In Anbetracht dieser beiden Aspekte wird die Investi-

88 »Indirekt« in dem Sinne, daß die »Vermögensbildung« für den Betrieb, in dem die »Sparer« beschäftigt sind, keine direkte Quelle der Eigenfinanzierung darstellt, sondern im allgemeinen zur Erhöhung der für Investitionen verfügbaren Mittel beiträgt (und auf diesem »indirekt« sind die ganzen verschiedenen »demokratischen« Ideologien der »Vermögensbildung« aufgebaut worden).

89 Vgl. S. XI, aber auch an anderer Stelle wird die »zunehmende Bedeutung, die das Einkommen aus unselbständiger Arbeit bei der gesamtwirtschaftlichen Sparbildung in Zukunft erlangen wird«, betont (S. XIV).

90 Vgl. S. VII–VIII.

91 Vgl. S. X, wo auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, »wichtige Industriezweige von Grund auf zu modernisieren, in denen investiert werden muß, um die bestehenden Arbeitsplätze unter Bedingungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten«.

92 Vgl. noch einmal S. X; dort ist die Rede von der »Schaffung neuer Arbeitsplätze mit einer Leistungsfähigkeit »europäischen Niveaus«, d. h. mit einer weit höheren Kapitalintensität als früher«. Und vgl. im allgemeinen den Hinweis des CNEL auf die Möglichkeit, daß die jetzt einsetzende Phase durch einen regelrechten

tionsentwicklung im Planjahr fünf in bezug auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze weit weniger optimistisch eingeschätzt als in dem von der Regierung vorgelegten Plan, ja es wird sogar die Ansicht vertreten, daß die Entwicklung der Investitionen technologische Arbeitslosigkeit heraufbeschwören kann⁹³. Diese Prognosen über die Entwicklung der Beschäftigungslage sind verbunden mit der Prognose, daß »die Auswanderungsquote vorübergehend die vorgesehene Höhe übertreffen könnte«⁹⁴ und daß es möglicherweise zu einer Abschwächung der »Landflucht« kommen kann⁹⁵.

4. Besonders hervorgehoben wird in dem Gutachten des CNEL das »Mißtrauen und die Bedenken gegenüber der Konzeption, die wir als »Ideologie der Überwindung der Ungleichgewichte« bezeichnen könnten«. Dieses Thema ist in den letzten Jahren zum hauptsächlichlichen Leitmotiv der verschiedenen Planungsentwürfe geworden, ob sie nun von der Regierung oder von anderer Seite vorgelegt worden sind, auch wenn die Bedingungen für die Durchführung einer solchen Politik und die damit verbundenen »Kosten« nicht näher dargelegt werden. Im Rahmen seiner allgemein gehaltenen Betrachtungen versucht der CNEL erstens, den *Dringlichkeitsgrad* dieser Aufgabe abzuschwächen, und

»technologischen Sprung« gekennzeichnet sein wird, der die gesamte Industrie erfaßt.

93 »Was die Zweckmäßigkeit anbelangt, die Akkumulationsrate so weit zu erhöhen, daß der Zuwachs des Bruttosozialprodukts durch eine Produktivitätssteigerung erzielt wird, hat das Planungsbüro erklärt, daß eine derartige Entscheidung – wenn die vorgesehene jährliche Zuwachsrate von 5% aufrechterhalten werden soll – die Inkaufnahme eines niedrigeren Beschäftigungsgrades oder aber die Erzielung einer höheren Wachstumsrate erforderte, was bei der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung kaum möglich ist und auf jeden Fall zu inflationären Spannungen führen könnte« (S. X). Der CNEL gibt zu, daß »in dieser Perspektive kurzfristig gewisse Befürchtungen hinsichtlich des möglichen Auftretens einer gewissen technologischen Arbeitslosigkeit gerechtfertigt sein könnten. Der CNEL ist sich des Ernstes einer solchen Gefahr vollkommen bewußt. Man ist jedoch der Ansicht, daß dieses Risiko eingegangen werden muß, da eine Wirtschaftsplanung das vorrangige Ziel verfolgt, die Probleme der zukünftigen Entwicklung zu erkennen, um die geeignetsten Instrumente zu ihrer Lösung bereitstellen zu können« (S. XII). Diese Konzeption des Verhältnisses zwischen Entwicklung der Produktivität und Entwicklung der Beschäftigungslage, bei der eine gewisse technologische Arbeitslosigkeit in Kauf genommen wird, stimmt im großen und ganzen mit den von der Confindustria formulierten Prognosen über die Entwicklung der Beschäftigungslage für den Zeitraum 1965–68 überein (vgl. *Mondo Economico*, 21.–28. August 1965, S. 9–14).

94 Vgl. S. XIII.

95 »Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß der tatsächliche Rückgang der Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft auf jeden Fall eine Folge der Industrialisierung sein wird . . . Die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere in der Industrie . . . die Überalterung der Landbevölkerung sowie weitere Faktoren legen die Vermutung nahe . . . daß sich dieses Phänomen tendenziell abschwächt . . .« (S. VII).

zweitens, ihren *Inhalt* selbst abzugrenzen, in Anbetracht der verschiedenen Bedeutungen, die der äußerst vage Begriff »Ungleichgewicht« annehmen kann: regionale Ungleichgewichte, Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen (hinsichtlich der Produktivität und des Einkommens), Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung unter den Klassen: »... es wäre sinnlos, ... eine Entwicklung, die ausschließlich »auf die größtmögliche Effizienz zielt«, abstrakt einer Entwicklung gegenüberzustellen, die »auf die Beseitigung der Ungleichgewichte ausgerichtet ist«. Die Beseitigung der sozialen Kosten, die mit einigen in Italien bestehenden Disparitäten verbunden sind, wird nämlich gerade in einer Perspektive, die sich an der Erzielung der größtmöglichen Effizienz orientiert, zu einer zwingenden Notwendigkeit und kann nur im Rahmen der Wirtschaftsplanung erreicht werden; wenn ein Wirtschaftsplan dagegen das Ziel der Überwindung jener »systemerhaltenden Ungleichgewichte« verfolgt, die den Spannungen immanent sind, die in allen Bereichen einen Anreiz zum Marktwettbewerb darstellen, so könnte er letzten Endes zu einer Wirtschaftsfloute und zu einer negativen Nivellierung der allgemeinen Bedingungen führen. In diesem Zusammenhang erscheint es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß der notwendige Prozeß der Umverteilung des Einkommens durch einen höheren Anteil der »sozialen Aufwendungen« sich nur dann wirksam vollziehen kann, wenn er durch eine hohe Zuwachsrate abgesichert ist und im Rahmen einer angemessenen gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgt«⁹⁶.

Im besonderen äußert der CNEL »Bedenken hinsichtlich der regionalen Verteilung der Investitionen in Mittel- und Norditalien, d. h. in Gebieten, in denen bedeutende Industriezweige angesiedelt sind, die dringend der Modernisierung ihrer Anlagen bedürfen. Auch wenn der CNEL von der Notwendigkeit überzeugt ist, die Industrialisierung Süditaliens beschleunigt voranzutreiben, so hält er es doch für zweckmäßig, noch einmal zu betonen, daß diese Industrialisierung ... nicht zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten italienischen Industrie führen darf«⁹⁷.

Erstens unterscheidet der CNEL also zwischen systemerhaltenden und systemgefährdenden Ungleichgewichten; zweitens erkennt er angesichts der schwerwiegenden Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit den ausgesprochen »internationalen« Zweigen der italienischen Wirtschaft eine klare Priorität zu, auch auf die Gefahr

⁹⁶ Vgl. S. IV.

⁹⁷ Vgl. S. X.

hin, daß in den übrigen Wirtschaftszweigen die Rückständigkeit, die sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Italiens auswirkt, noch länger fort dauert: man ist jedoch der Ansicht, daß die Folgen dieser Verzögerung bei der Überwindung der Rückständigkeit nicht so unmittelbar katastrophal und »zeitlich besser dosiert« (und damit später besser kontrollierbar) sind als die Folgen, die sich im Hinblick auf die Integration Italiens in den neuen internationalen kapitalistischen Wirtschaftsraum aus einer Schwächung der »Schlüsselindustrien« ergeben würden. Damit werden die Leitlinien deutlich, die dem in den Jahren der Konjunkturabschwächung beobachteten Wandel in der Politik der Standortwahl der Privatunternehmen zugrunde liegen: nämlich die Abnahme der Niederlassungen in den »Entwicklungsschwerpunkten« Süditaliens und die Schaffung bzw. der Ausbau von »Entwicklungsschwerpunkten in höher industrialisierten Gebieten Norditaliens«⁹⁸.

5. Schließlich werden in der Stellungnahme des CNEL, entsprechend der »internationalen Sicht« der kapitalistischen Entwicklung, die ihn kennzeichnet, die Positionen zurückgewiesen, die sich gegen einen Zustrom von Auslandskapital nach Italien wenden, dem, im Gegenteil, eine immer bedeutendere Funktion zuerkannt wird: »... es könnte zu einem Zustrom von Auslandskapital zum Zweck produktiver Investitionen in Italien kommen, dessen Ausmaß das implizit im Programm entwurf vorgesehene Niveau übertrifft. Vor allem, wenn man diesen Zustrom von Auslandskapital als realistische Alternative zu einer spürbaren Zunahme unserer Auswanderung betrachtet. Wahrscheinlich nämlich werden die damit verbundenen sozialen Probleme und effektiven Kosten, die von den Auswanderungs- und Einwanderungsländern getragen werden müssen, die Freizügigkeit des Kapitals und die Investitionen in den Gebieten, in denen der Faktor Arbeit verfügbar ist, im Rahmen einer Wirtschaftsgemeinschaft immer vorteilhafter erscheinen lassen«⁹⁹. Aber der Kapitalzustrom ist nicht nur durch die »geringeren Kosten« der Freizügigkeit des Kapitals gegenüber der Freizügigkeit der Arbeitskräfte bedingt, die es in vielen Fällen »wünschenswert« machen, letztere durch erstere zu ersetzen, sondern er hängt auch mit den Erfordernissen der Rationalisierung und der technologischen Neuerungen zusammen. Auch zu dieser Frage hat der

⁹⁸ Eine große Bedeutung gewinnt beispielsweise der »Entwicklungsschwerpunkt«, der in der Gegend von Alessandria entsteht.

⁹⁹ S. XIII; und es wird hinzugefügt, daß das »ein weiteres Element zur Bekräftigung der These darstellen könnte, daß unsere Wirtschaft sich auch mit einer höheren Zuwachsrate als der im Programm entwurf vorgesehene entwickeln kann«.

Präsident der italienischen Notenbank Carli besonders eindeutig Stellung genommen, wobei er drei Punkte hervorgehoben hat: a) die Bedeutung und Notwendigkeit des Konzentrationsprozesses, der schon jetzt in einem supranationalen, vor allem europäischen und (in besonderen Fällen) euro-amerikanischen Rahmen gesehen werden muß; b) die Bedeutung und manchmal auch Notwendigkeit des Beitrags von Auslandskapital zur *Erhöhung der Kapitalintensität*, die Hand in Hand geht mit der Konzentration und eines der Hauptmerkmale des gegenwärtigen Rationalisierungsprozesses darstellt; c) die Bedeutung, die das internationale Kapital bei der Entwicklung der rückständigen Gebiete Italiens erlangen kann¹⁰⁰.

3. Das Verhältnis zwischen Konjunkturlage und Wachstumszielen: die Politik der Regierung, der Staatsunternehmen und der Notenbank

Wenn das Gutachten des CNEL auch scharfsinnig die Bedingungen für eine Entwicklung des italienischen Kapitalismus aufzeigt, die den Erfordernissen des nächsten Jahrzehnts gerecht wird, so läßt es doch eine »Vorfrage« offen: nämlich wie man von der gegenwärtigen Konjunkturlage ausgehend zu einer solchen Entwicklung übergehen kann. Wie vielschichtig, ja dramatisch diese Frage ist, tritt bereits zutage, wenn man nur ein einziges, grundlegendes Problem untersucht, und zwar das der *Investitionen*: es muß wieder eine Zuwachsrates der Investitionen erreicht werden, die mit der durchschnittlichen Wachstumsrate der Jahre 1953–63 vergleichbar ist, diesmal jedoch ausgehend von einer Situation, in der man nicht nur weit entfernt ist von diesem Niveau, sondern in der sogar ein *absoluter Rückgang* der Investitionstätigkeit zu verzeichnen ist¹⁰¹.

Wir haben bereits erwähnt, wie schwierig es für die kapitalistische Politik – auch auf internationaler Ebene – ist, Stabilisierungspolitik und Wachstumspolitik miteinander in Einklang zu bringen, und welche Schwierigkeiten sich daraus für die »Politik der Wirtschaftswiederbelebung« ergeben, die in anderen europäischen Ländern nach einer Phase des Konjunkturrückschlags, die mit der italienischen vergleichbar, wenn auch viel schwächer ist, durchgeführt oder in Aussicht genommen wird.

100 Vgl. die zitierten Reden anlässlich des Weltspartages in *Mondo Economico*, 6. November 1965, insbesondere S. 51.

101 Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (1964) wird auf etwa 9% geschätzt, und schon 1964 war ein 10%iger Rückgang gegenüber 1963 zu verzeichnen gewesen.

Diese Schwierigkeiten schlagen sich insbesondere in der *Politik der staatlichen Intervention* nieder und bewirken, daß die »treibenden Kräfte« des Wiederaufschwungs fast immer »spontan« sind. Sie bestehen nämlich fast immer entweder in der *Auslandsnachfrage* oder in der *Verbrauchsnachfrage* (trotz der Bemühungen vieler Regierungen ist die *Investitionsnachfrage* bisher im allgemeinen diesen anderen Komponenten gefolgt, statt die tragende Kraft des Wiederaufschwungs zu sein). Was nun die *erste Komponente* anbelangt, so sind die staatlichen Interventionsmöglichkeiten sehr begrenzt und indirekt, da aufgrund der internationalen Integration nur noch geringe fiskal- und zollpolitische Instrumente zur Verfügung stehen¹⁰². Gegenüber der *zweiten Komponente* hat die Regierung durch die Politik der öffentlichen Ausgaben und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung viel größere Einflußmöglichkeiten: aber nach einer relativ lange anhaltenden Abschwungphase sind diese Möglichkeiten in dem Versuch einer »antizyklischen Politik« weitgehend ausgeschöpft worden, und ihre weitere und intensive Ausnutzung bringt Instabilitätsgefahren mit sich, jedenfalls in der ziemlich »orthodoxen« Sicht des Problems, die gegenwärtig in fast allen europäischen Regierungen vorherrscht¹⁰³.

Alle diese Schwierigkeiten nehmen in Italien aufgrund einer gewissen Rückständigkeit, die die italienische Wirtschaft noch nicht überwunden hat, besonders scharfe Formen an. Einige Beispiele können zeigen, wie diese Aspekte der Rückständigkeit gleichzeitig mit den ersten Anzeichen einer Wiederbelebung dieselben Ungleichgewichte hervorzurufen drohen, die am Ende der letzten Phase des Booms aufgetreten waren. Erstens kann es – vor allem in der Landwirtschaft – zu Engpässen kommen, die auf der mangelnden Anpassungsfähigkeit des Angebots an die Nachfrage beruhen: man denke beispielsweise an die Viehzucht¹⁰⁴. Zweitens können selbst in der Industrie andere kosten-

¹⁰² Daß die Labour-Regierung sich in ihrer Politik nach wie vor dieser Instrumente bedient, beruht nicht nur darauf, daß diese Politik in gewisser Weise unbefangener und energischer ist, sondern ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Großbritannien in »Wirtschaftsgemeinschaften« eingegliedert ist (Commonwealth und EFTA), die in dieser Beziehung bisher noch einen größeren Spielraum gewähren; trotzdem wird heute viel weniger – und erklärtermaßen nur vorübergehend – auf diese Instrumente zurückgegriffen als unter der letzten Labour-Regierung (auch wenn sie durch Steueranreize ersetzt werden könnten, die dieselbe Wirkung haben: vgl. *The Economist*, 15.–21. Januar 1966, S. 163–65).

¹⁰³ Sehr detaillierte Vorschläge für eine mutigere Politik der öffentlichen Ausgaben im Rahmen einer allgemeinen Wiederankurbelung der Nachfrage zur Anregung und Beschleunigung des Wiederaufschwungs enthält das interessante Referat von Franco Momigliano, das er im Februar 1965 auf einem Seminar des ILSSES gehalten hat.

¹⁰⁴ Es darf nicht vergessen werden, daß die Fleischeinfuhr eine der Hauptursachen

bedingte Ungleichgewichte auftreten, sowohl auf objektiver als auch auf psychologischer Ebene: die großen Fortschritte in der Rationalisierung haben sich noch nicht genügend ausgewirkt, um ohne weiteres neue, umfangreiche Erhöhungen der Arbeitskosten »verkräften« zu können, und die »Mentalität« der meisten Unternehmer hat sich noch nicht darauf eingestellt, Arbeitskosten »europäischen Niveaus« zu akzeptieren¹⁰⁵.

Welche Wirtschaftspolitik hat nun in dieser besonders heiklen und schwierigen Situation der »Staat« verfolgt, d. h. die drei wichtigsten – und bis zu einem gewissen Grade voneinander unabhängigen – »staatlichen« Komponenten, die in die Wirtschaft eingreifen: nämlich die *Regierung*, die *Staatsunternehmen* und die *Zentralbank*?

Insgesamt haben die drei miteinander verbundenen Kräfte zwar eine ziemlich einheitliche »konjunkturpolitische« Linie verfolgt, aber die Regierung hat sich bei der Durchführung dieser Linie als das »schwächste« Glied erwiesen.

Diese Schwäche zeigt sich nicht nur an der *Art* der einzelnen Maßnahmen, sondern vor allem an der *Zeit*, die für ihre Beratung und Durchführung benötigt wurde, sowie an dem *Ausmaß* der Maßnahmen selbst. Diese besondere Schwäche der Regierungskomponente ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Der erste und augenfälligste Faktor sind die »internen Schwierigkeiten« der *Regierungskoalition* (und in erster Linie der *Democrazia Cristiana*), die sich auf die Dauer der Ausarbeitung und die parlamentarische Beratung der Maßnahmen sowie auf die allgemeine Handlungsfähigkeit der Regierung ausgewirkt haben. Ein zweiter Faktor ist die *Schwerfälligkeit des bürokratischen Staatsapparates*, die zu einer Verzögerung bei der Verwirklichung bereits beschlossener Maßnahmen führt, was sich beispielsweise auf dem konjunkturpolitisch außerordentlich bedeutsamen Gebiet des sozialen Wohnungsbaus zeigt¹⁰⁶. Ein dritter Faktor schließlich hängt

für den »Zusammenbruch« der Zahlungsbilanz im Jahre 1963 war und daß die Situation sich nur infolge des Rückgangs des Fleischverbrauchs teilweise wieder stabilisiert hat (das z. T. in den Jahren 1962–63 erreichte »Wohlstands«-Niveau des Nahrungsmittelkonsums hat sich nämlich noch als unbeständig erwiesen und unterliegt den Konjunkturschwankungen). Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Zahlungsbilanz gegenwärtig derartigen Belastungen eher gewachsen ist als 1963.

105 In der außerordentlich kompromißlosen Haltung der Industriellen in der gegenwärtigen Tarifrunde der Metallarbeiter verbindet sich diese »rückständige« Komponente mit weitgehenderen politischen Zielen der »Integration« der Gewerkschaften, die sich allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt in derselben Unnachgiebigkeit äußern.

106 Der Eingriff auf diesem Gebiet war besonders wichtig, weil er einerseits eine sofortige Erhöhung der Beschäftigung mit den entsprechenden Auswirkungen auf

mit der *allgemeinen politischen und theoretischen Orientierung der Regierung* zusammen und besteht in der Unklarheit und Unsicherheit, mit der sie sich für die Stabilisierungs- und Wachstumspolitik entschieden hat, die von den beiden anderen »Komponenten« des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft sehr eindeutig formuliert worden ist: wir haben bereits gesehen, wie sich dieser Faktor auf die Bestimmung der Leitlinien der Entwicklungspläne ausgewirkt hat; aber während er auf dieser Ebene vorläufig rein theoretische und »verbale« Folgen zeitigt, hat er auf der Ebene des konjunkturpolitischen Eingriffs sehr viel schwerwiegendere und meßbare Auswirkungen gehabt.

Im großen und ganzen hat die Regierung also sowohl bei den *anfänglichen Stabilisierungsmaßnahmen* als auch bei der *gegenwärtigen Politik der »Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit«* nicht selbst die Richtlinien festgelegt, sondern ist im allgemeinen (und mit geringerem Erfolg) der Linie gefolgt, die die Zentralbank und die Staatsholding IRI in ihrem jeweiligen begrenzten Wirkungsbereich konkret verwirklicht haben.

Die Zentralbank mußte ihre Stabilisierungsaktion anfangs *ohne* eine entsprechende Regierungspolitik durchführen¹⁰⁷. Das hat wahrscheinlich zu einer Verstärkung der rein deflatorischen Wirkungen ihrer Aktion beigetragen, auch wenn diese nicht den allgemeinen Zielvorstellungen entsprachen, die von Carli selbst aufgestellt worden waren, d. h. dem Ziel der »Stabilisierung ohne Deflation«¹⁰⁸: wenn die Regierung rechtzeitig eine Reihe von Maßnahmen ergriffen hätte, wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, einerseits die Situation besser zu kontrollieren und andererseits ihre Auswirkungen auf die Produktionskosten abzuschwächen (z. B. durch eine raschere und massivere Übernahme der Sozialabzüge durch den Staat)¹⁰⁹.

die Gesamtnachfrage bewirkt hätte (und diese Auswirkungen hätten das Gleichgewicht nicht gestört, da sie nicht auf Erhöhungen der Arbeitskosten beruhten), und weil er andererseits besonders hohe »multiplikative Wirkungen« gehabt hätte. Es ist aufschlußreich, daß diese Dinge von den Exponenten der Regierungsmehrheit wiederholt ausgesprochen worden sind, ohne jedoch so weitgehend in die Praxis umgesetzt zu werden, daß sie auf konjunkturpolitischer Ebene zu nennenswerten Ergebnissen geführt hätten; und es ist bezeichnend, daß zur Wiederbelebung der Bautätigkeit vor allem Maßnahmen ergriffen worden sind, die eine Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit bewirken.

¹⁰⁷ Der Beginn ihrer Stabilisierungsmaßnahmen fiel zeitlich mit der Regierung Leone zusammen, d. h. mit einer besonders untätigen Regierung; wenn man die Dinge jedoch in einem größeren Zusammenhang sieht, so ist zu bemerken, daß die vorhergehende Regierung unter Fanfani keine organische Stabilisierungspolitik eingeleitet hatte (vgl. meinen Artikel in *Quaderni Rossi*, Nr. 4, 1964, »Sviluppo e congiuntura nel capitalismo italiano«, insbesondere S. 137-40).

¹⁰⁸ *Ibid.*, S. 131-36.

¹⁰⁹ Vgl. hierzu Francesco Forte, *La congiuntura in Italia, 1961-65*, a. a. O.

Tatsache ist jedenfalls, daß hauptsächlich auf die Kreditschraube zurückgegriffen worden ist, um den konjunkturellen Schwierigkeiten zu begegnen. Auf diese folgten zahlreiche Maßnahmen der Regierung zur »gezielten Dämpfung« der Nachfrage (die – zumindest anfangs – Kraftfahrzeuge, Benzin, Teilzahlungskäufe und die Erhöhung der Umsatzsteuer für verschiedene Güter betrafen). Aber die Tendenz zur Verzögerung der Beratung und Durchführung hat in diesem Fall die Gefahr verstärkt, die jeder konjunkturpolitischen Maßnahme innewohnt, daß sie sich nämlich erst dann auswirkt, wenn bereits entgegengesetzt wirkende Maßnahmen ergriffen werden müßten, eine Gefahr, die nur durch die rasche Aufgabe oder durch die Abschwächung einiger dieser Maßnahmen gebannt worden ist. Ihre Verabschiedung, die sich über das ganze Jahr 1964 hingezogen hat, erfolgte im Grunde erst, als die Wiederbelebung der Gesamtnachfrage und nicht mehr ihre Eindämmung immer mehr zum zentralen Problem geworden war¹¹⁰. Die Folge davon war, daß die Maßnahmen, die die Kraftfahrzeuge betrafen, von sehr kurzer Dauer waren (die Sondersteuer für Kraftfahrzeuge ist im November 1964, wenige Monate nach ihrer Einführung, wieder aufgehoben worden), daß die Maßnahmen hinsichtlich der Teilzahlungskäufe so abgeschwächt wurden, daß sie sich aus einer Maßnahme zur Eindämmung der Nachfrage »in eine normale Maßnahme zur Kontrolle dieser Handelsform verwandelten, die in der Gesetzgebung aller Länder vorgesehen ist«¹¹¹, und daß die Erhöhung der Umsatzsteuer schließlich eher eine Haushaltsmaßnahme zur Erhöhung der Staatseinnahmen als eine konjunkturpolitische Maßnahme war.

Als schwieriger und zum gegenwärtigen Zeitpunkt interessanter erweist es sich, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft zu untersuchen.

In erster Linie gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die wir als »sektoral« bezeichnen können, in dem Sinne, daß sie entweder für einen besonderen Produktionszweig oder für eine bestimmte Kategorie von Betrieben gelten. Zu dieser Art von Maßnahmen gehören vor allem:

1) Maßnahmen zur Erweiterung und Beschleunigung der Finanzierung

¹¹⁰ Selbst die so vorsichtige Wochenzeitung *Mondo Economico* bemerkte zu den anti-zyklischen Maßnahmen vom 31. August 1964, daß »die Eindämmung der Gesamtnachfrage heute wohl kein vordringliches wirtschaftspolitisches Ziel darstellt. Der Rückgang der Einfuhr von Industrierzeugnissen deutet in einigen Wirtschaftszweigen auf eine Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit hin, die gegebenenfalls eine Stützung und Anregung der entsprechenden Nachfrage erforderlich macht« (5.–12. September 1964, S. 5).

¹¹¹ *Ibid.*

und Durchführung von Bauarbeiten der öffentlichen Hand, insbesondere in bestimmten Bereichen (Autobahnen, Schulen)¹¹²;

2) Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, besonders auf dem Gebiet der Viehzucht sowie der Urbarmachungs- und Meliorationsarbeiten¹¹³;

3) Maßnahmen zugunsten der kleinen und mittleren Industrie, vor allem durch Kreditgewährung im allgemeinen und Beschaffung von Ausrüstungen im besonderen¹¹⁴;

4) Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, sowohl auf der Angebotsseite (Steuererleichterungen) als auch auf der Nachfrageseite (Sondergesetz zur Förderung des Wohnungserwerbs)¹¹⁵.

Ohne hier auf die »technischen« Einzelheiten der einzelnen Maßnahmen eingehen zu wollen, ist zu bemerken, daß sie – nicht nur ihren direkten, sondern auch ihren indirekten Auswirkungen nach – von nur *sektoraler* Bedeutung sind, in dem Sinne, daß keine dieser Maßnahmen innerhalb ihres Wirkungsbereichs Impulse freizusetzen vermag, die stark genug sind, um mittels multiplikativer Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft überzugreifen¹¹⁶.

Es muß also geprüft werden, ob und welche umfassenderen Maßnahmen die Regierung ergriffen hat, um den Übergang von der gegenwärtigen Konjunkturlage zu den im Wirtschaftsplan aufgestellten Wachstumsbedingungen zu gewährleisten.

112 Vgl. Abschnitt I, II und III der im März erlassenen konjunkturpolitischen Rechtsverordnung (»super-decreto«) in *Mondo Economico*, 20. März 1965, S. 35 ff.; und vgl. die Maßnahmen zur Förderung des Schulbaus vom August 1964, in *Mondo Economico*, 5.–12. September 1964, S. 33 ff.

113 Vgl. Abschnitt IV der oben zitierten Rechtsverordnung (der Haushaltsansatz liegt nur geringfügig über 50 Milliarden Lire).

114 Vgl. die Maßnahmen vom August 1964 (»Sonderfonds« zur Finanzierung der Kleinindustrie) und Abschnitt VI der zitierten Rechtsverordnung.

115 Vgl. den kurzen Überblick über die bereits beschlossenen oder geplanten Maßnahmen für diesen Sektor in der *Relazione previsionale e programmatica per l'anno 1966* in der Beilage zu *Mondo Economico*, 16. Oktober 1965, insbesondere S. VII–VIII; und vgl. den Text der jüngsten und sehr wichtigen Rechtsverordnung in *Mondo Economico*, 18. September 1965.

116 Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die mittlere und Kleinindustrie sich »im Schlepptau« der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindet und es daher unmöglich ist, daß Sondermaßnahmen zu ihren Gunsten »propulsiv« wirken; wahrscheinlicher ist es, daß erst auf sie zurückgegriffen wird, wenn der Wiederaufschwung bereits eingesetzt hat, zu dessen stärkerer Ausbreitung sie dann zweifellos beitragen. Im Wohnungsbau, der sehr große multiplikative Wirkungen hätte, gilt für die *private* Wirtschaftstätigkeit dasselbe, so daß die Regierungsmaßnahmen auch hier keine autonome propulsive Wirkung zu haben scheinen. Allgemeiner gesagt wird die Schwierigkeit, in diesen einzelnen Wirtschaftszweigen einen umfassenden Wiederaufschwung »in Gang zu setzen«, dadurch verstärkt, daß ein großer Teil der Maßnahmen lückenhaft und relativ begrenzt ist und auf jeden Fall keinen »Schock« auszulösen vermag.

Die wichtigste und bisher einzige Maßnahme in dieser Richtung, die die gesamte Industrie erfaßt, besteht in der zweifachen Übernahme eines Teils der Sozialabgaben durch den Staat. Diese Art von Maßnahmen stellen für die Unternehmen eine bedeutende Kostensenkung dar und laufen praktisch auf eine von der Zustimmung der Gewerkschaft unabhängige, partielle Verwirklichung der »Einkommenspolitik« hinaus¹¹⁷. In dieser Hinsicht sind sie ein typisches und besonders geeignetes Instrument der gegenwärtigen kapitalistischen Politik, die die Wiederherstellung breiterer Margen reinvestierbaren Profits anstrebt. Die Anwendung dieses Instruments hätte allerdings in mancher Hinsicht wirksamer sein können: a) hinsichtlich der *gezielten Wirkung* (es hätte differenziert eingesetzt werden können, um bestimmte Produktionszweige zu fördern)¹¹⁸; b) hinsichtlich des *Ausmaßes* und der *zeitlichen Verteilung*: eine Übernahme der Sozialabzüge größeren Ausmaßes, die nicht in mehreren »Raten« erfolgt wäre, sondern auf ein besonders entscheidendes Moment der Konjunkturerwicklung konzentriert worden wäre, hätte in materieller wie in psychologischer Hinsicht spürbarere Auswirkungen gehabt¹¹⁹. Abgesehen davon ist die Förderung der Investitionen und der Rationalisierung, die in den Regierungsverlautbarungen angedeutet wird, bis jetzt toter Buchstabe geblieben: dabei ist sie manchmal schon ziemlich genau formuliert worden (s. die Maßnahmen für die Textilindustrie), während sie in anderen Fällen nicht über das Stadium allgemeiner »Grundsatzserklärungen« hinausgekommen ist. Auch in den jüngsten Dokumenten zu diesem Thema werden diese Lücken nicht geschlossen. In der *Nota aggiuntiva* ist allgemein die Rede von »Förderung der Rationalisierung und der technologischen Modernisierung der Industrie«¹²⁰.

117 Vgl. zu diesem Punkt einen Kommentar in *Mondo Economico*, 10. April 1965 S. 10.

118 Im ursprünglichen Konzept, wie es beispielsweise vom damaligen Minister Giolitti vorgelegt worden war, »war beabsichtigt, den Exporteuren den Anteil der vom Staat übernommenen Sozialabzüge zurückzuerstatten. Bekanntlich stieß dies auf den entschiedenen Widerstand der anderen EWG-Länder: Italien hätte sich damit hinten herum eine wettbewerbsfähige »Export-Lira« verschafft« (*Mondo Economico*, 5.-12. September 1964, S. 7). Das ist ein konkretes Beispiel für die beschränkte Verfügbarkeit von Interventionsinstrumenten des Staates, die unweigerlich mit der Integration in die EWG verbunden ist.

119 Vgl. die Kritik an diesen Aspekten bei Francesco Forte, a. a. O.

120 Vgl. die Beilage zu *Mondo Economico*, 20. November 1965, S. III. Diese Angaben erscheinen um so vager, als zuvor sehr eindringlich auf den besonders komplizierten Charakter des Problems, bei dem konjunkturbedingte und strukturbedingte Aspekte ineinandergreifen, hingewiesen wird: »Auch wenn der Rückgang der Investitionstätigkeit unmittelbar mit der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Kostensteigerung, mit den Finanzierungsschwierigkeiten und mit psychologischen Motiven zusammenhängt, so hat er doch tiefere Ursachen struktureller

In der *Relazione previsionale e programmatica per l'anno 1966* (Programmatische Vorschau für das Jahr 1966) werden die beiden Arten von Maßnahmen zugunsten der Textilindustrie¹²¹ und des Schiffbaus angedeutet, und es wird auf die »Neugestaltung der Kriterien und der Politik der finanziellen Produktionsanreize« hingewiesen, nur um dann zu sagen, daß »im Laufe des nächsten Jahres« wahrscheinlich »die Grundzüge der Reform ausgearbeitet sein« können¹²². Worauf mit einem gewissen Optimismus gefolgert wird, daß »die bereits durchgeführten Maßnahmen und die Normen, die gegenwärtig verabschiedet werden, für die Bauindustrie und für die verarbeitende Industrie einen Anreiz darstellen, der zusammen mit der Expansion der Investitionstätigkeit der Staatsunternehmen ausreichend erscheint, um die Investitionen der Privatunternehmen zu fördern«¹²³.

Die Politik der Staatsunternehmen (in ihren verschiedenen Komponenten: staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENEL, Industrieunternehmen und Finanzinstitute der Staatsholding IRI) stellt in Wirklichkeit die einzige wirksame Aktion der staatlichen Politik in der Industrie dar¹²⁴. Auch dank der besonderen Struktur der Staatsunternehmen in Italien konnten ihre Investitionsvorhaben sehr weitgehend antizyklisch konzipiert werden, so daß sie wahrscheinlich eine intensivere »antizyklische Funktion« als die verstaatlichten Industrien anderer Länder erfüllen: ein Beweis dafür ist der wachsende Anteil der Investitionen der Staatsunternehmen am Gesamtvolumen der Industrieinvestitionen (1962: 42,5%, 1963: 52,9%, 1964: 60,1%), was in absoluten Werten einer starken Zunahme zwischen 1962 und 1963 und einem leichten

Natur. Breite Bereiche der italienischen Industrie haben in dieser Zeit Schwierigkeiten in der Verbesserung ihrer Dimensionen, Organisationsformen und technologischen Strukturen gehabt. Außerdem sind in der gleichen Zeit umfangreiche Investitionsprogramme durchgeführt worden, die von den größten Unternehmen in den vergangenen Jahren beschlossen worden waren. So ist es zu einer Diskontinuität in der Investitionstätigkeit gekommen, die mit dem heikelsten Moment der konjunkturellen Entwicklung zusammenfiel« (ibid.).

121 Die für die Textilindustrie vorgesehene Aktion stimmt weitgehend mit den Vorstellungen überein, die im Gutachten des CNEL und in anderen ähnlichen Dokumenten zum Ausdruck gebracht werden: die finanzielle Hilfe wird nämlich in gewisser Weise von der Ausarbeitung von Rationalisierungsprogrammen abhängig gemacht, und der staatliche Eingriff hat – allgemein gesagt – die Funktion, die Konzentration in der Textilindustrie zu fördern.

122 Vgl. die Beilage zu *Mondo Economico*, 16. Oktober 1965, S. VIII.

123 Ibid.

124 Sie ist inzwischen zu einer Konstanten der Regierungspolitik geworden (s. die regelmäßigen Berichte des Ministers für die Staatsunternehmen), und es wäre daher nicht richtig, sie isoliert zu betrachten; allerdings wirkt sich der Grad der Autonomie der Staatsunternehmen auf die Art und die Wirksamkeit ihrer Intervention aus.

Rückgang im Jahre 1964 entspricht (der um so bemerkenswerter ist, wenn man einerseits die allgemeine Tendenz des absoluten Rückgangs der Investitionen bedenkt, und sich andererseits die Tatsache vor Augen hält, daß das Investitionsprogramm im Eisenhüttenwerk von Taranto 1963 weitgehend abgeschlossen war)¹²⁵. Wie wir bereits gesehen haben, beruht diese Aktion auf einer besonders konsequenten und scharfsichtigen Einschätzung der Interessen des italienischen Kapitalismus und der zu ihrer Wahrnehmung gegenwärtig am besten geeigneten Politik. Um wieder auf die von der Regierung verfolgte Linie zurückzukommen, kann also festgestellt werden, daß sie weder auf theoretischer Ebene noch auf der Ebene der Investitionen an die großen Probleme herangeht, die für den Übergang von der gegenwärtigen Konjunkturphase zu einer Entwicklung europäischen Niveaus von wesentlicher Bedeutung sind: die Rationalisierungspolitik der Unternehmen, der Konzentrationsprozeß der Industrie und das geeignete politische und psychologische »Vertrauensklima«, das die Wiederbelebung der unternehmerischen Initiative begünstigt. Sehr viel eindeutiger hat zu diesen Problemen – auf theoretischer Ebene¹²⁶ – die Währungsbehörde Stellung genommen und sind – auf der Ebene konkreter Interventionen – einige große oligopolistische Unternehmen aktiv geworden. Es muß allerdings erwähnt werden, daß die Regierung, auch wenn sie auf diesem Gebiet nicht »Schritt gehalten« hat, diesen besonders einschneidenden kapitalistischen Aktionslinien doch keine Hindernisse in den Weg gelegt hat und sie auf gesetzgeberischer Ebene im großen und ganzen unterstützt hat¹²⁷.

Bei der Linie, die von dem Notenbankpräsidenten Carli und von dem Vorsitzenden der Staatsholding IRI, Petrilli, vertreten wird, sind die unmittelbaren, »normalen« Rationalisierungsmaßnahmen, die Zusammenschlüsse und die Wiederherstellung eines »Klimas« sicherer Profit-erwartungen eng miteinander verbundene, notwendige Voraussetzungen für den Wiederaufschwung des Wirtschaftswachstums auf einem höheren technologischen Niveau.

125 Vgl. die Daten über die Investitionen in dem Artikel von E. Guerra, »Crisi degli investimenti e struttura dell'industria«, *Mondo Economico*, 10. Juli 1965, S. 11–15. Und vgl. die jüngste *Relazione programmatica del Ministro delle Partecipazioni statali*.

126 Natürlich hat sie im Rahmen ihrer Kompetenzen auch auf praktischer Ebene entsprechend gehandelt.

127 Es gab auch Ansätze einer Intervention der Regierung zur Unterstützung dieses Prozesses: vgl. die Maßnahmen zur Förderung der Zusammenschlüsse von Unternehmen, die von der Regierung in den Jahren 1964–65 in zwei Etappen ausgearbeitet worden sind.

In der Frage der *Zusammenschlüsse* ist die Position der Währungsbehörde ganz eindeutig definiert: »Es gilt, die Hindernisse auszuräumen, die der Verwirklichung der Zusammenschlüsse von Unternehmen im Wege stehen, denn nur durch Konzentration erhalten die Unternehmen eine Struktur, die den Dimensionen [eines größeren Marktes] und den Erfordernissen der modernen Technologien entspricht«¹²⁸. Und ein Teil der Kreditinstitute, die von der IRI kontrolliert werden (IMI und Mediobanca, d. h. Spezialinstitute für mittel- und langfristige Industriekredite) hat, zusammen mit offiziellen Vertretern der IRI selbst (in der Person ihres Vizepräsidenten Visentini), im jüngsten Prozeß der Finanzkonzentration (Olivetti und Montecatini-Edison) eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Aber so wichtig diese »bahnbrechenden« Initiativen auf dem Gebiet der Rationalisierung und der Konzentration auch sein mögen, so sind sie – für sich genommen – doch nicht wirksam genug, um eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit und der Produktion herbeizuführen, die sich auf die ganze Industrie ausbreitet. Welches sind nun die Voraussetzungen für diese Ausbreitung? Voraussetzung dafür ist nicht nur der Wiederaufschwung der Gesamtnachfrage, sondern – wie Carli sehr nachdrücklich betont – die *Rentabilität* und die *Dispositionsfreiheit* der unternehmerischen Initiative. Zur Anregung des Wiederaufschwungs ist es notwendig, sowohl in materieller als auch in psychologischer Hinsicht jene Bedingungen wiederherzustellen (Garantie gegen zu starke Lohnerhöhungen, zu weitgehende Eingriffe von seiten der Regierung, usw.), die für viele Unternehmer in den Jahren 1962–63 in Frage gestellt worden waren¹²⁹. Darauf ist wahrscheinlich auch die allmählich immer mißtrauischere und polemischere Haltung gegenüber der möglichen Ausweitung des staatlichen Eingriffs zurückzuführen, die der Notenbankpräsident Carli im Laufe der letzten beiden Jahre eingenommen hat¹³⁰. Besonders deutlich ist diese

128 Vgl. die Rede Carlis anlässlich des Weltspartags, a. a. O., S. 51.

129 Die großen oligopolistischen Unternehmen waren – und sind vor allem jetzt – sehr viel unabhängiger von diesen Einflüssen, sowohl aufgrund ihrer materiellen »Stärke«, als auch infolge einer scharfsichtigeren und unbefangeneren politischen Einschätzung der Situation; der »Durchschnittsunternehmer« dagegen, der an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor sehr starken Anteil hat, ist wahrscheinlich noch sehr weitgehend davon beeinflusst.

130 Die im Jahre 1963 definierten Positionen (sowohl im Jahresbericht der italienischen Notenbank als auch in anderen Dokumenten) polemisierten in der Tat keineswegs gegen die Wirtschaftsplanung, sondern erwähnten z. B. ausdrücklich die Möglichkeit einer gezielten Kreditkontrolle als Instrument der volkswirtschaftlichen Planung oder die Notwendigkeit der Städteplanung. Aber bereits in dem Jahresbericht für 1964 wurde – insbesondere im Hinblick auf die Kreditkon-

polemische Position in der Kritik an dem von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf über die Aktiengesellschaften zum Ausdruck gebracht worden¹³¹. Carli erkennt zwar einige der Leitlinien des Gesetzes an, bemerkt aber dann, daß »manche Befugnisse, die der Aufsichtsbehörde zuerkannt werden sollen, über den Rahmen der bloßen Legitimitätskontrolle hinausgehen und den Inhalt der Verwaltungstätigkeit der Gesellschaft selbst berühren, so daß diejenigen, die für die Leitung des Unternehmens verantwortlich sind, von den endgültigen Entscheidungen ausgeschlossen werden«¹³². Und nachdem er erklärt hat, auf welche Aspekte des Gesetzes sich diese Kritik bezieht, stellt er – davon ausgehend – allgemeine Betrachtungen an, die trotz des Pathos und der philosophischen Phraseologie eine klare politische Bedeutung haben: »... der gegenwärtige Prozeß der wirtschaftlichen und finanziellen Integration läßt es nicht zu, daß in einem bestimmten Land Normen eingeführt werden, die wesentlich von denen der meisten anderen Länder, mit denen dieses Land besonders enge Wirtschaftsbeziehungen unterhält, abweichen. Unsere Finanzpolitik hat zum Ziel – und müßte auch in Zukunft zum Ziel haben –, die größtmögliche Kapitalkonzentration in unserem Land zu fördern, um ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen . . . Dieses Ziel würde jedoch verfehlt werden, wenn die Kapitalinvestitionen in unserem Land unter ungünstigeren Bedingungen erfolgten als in anderen Ländern. Es ist unvorstellbar, daß eine Gesellschaft, die fortschreitet, eine Gesellschaft von Kontrolleuren, Inspektoren und Richtern ist, denen derart weitreichende Befugnisse übertragen werden. Es ist notwendig, *all denen, die es noch lieben, Entscheidungen zu treffen, einen breiteren Spielraum zu geben* . . . Den menschlichen Entscheidungen haftet stets etwas Fehlerhaftes an, und in der Wirtschaftstätigkeit kann die Korrektur Beurteilungsmechanismen wie dem Markt überlassen werden. Anreize, Förderungsmaßnahmen, Dämpfungsinstrumente und zinsverbilligte Kredite wären nicht in der Lage, eine Investitionsneigung auszulösen und sie in die gewünschten Richtungen zu lenken, wenn die Kühnheit des einzelnen nicht wieder zu Ehren gebracht wird«¹³³. Welche Politik verfolgen diejenigen, die es noch lieben, Entscheidungen zu treffen, in der gegenwärtigen Konjunkturlage?

trolle und allgemein im Ton und in der Fragestellung – eine Position eingenommen, die den Rahmen des planerischen Eingriffs sehr viel enger abgegrenzt sehen wollte (vgl. *Quaderni Rossi*, Nr. 4, S. 131–36 und S. 207–08).

131 Vgl. die Rede anläßlich des Weltspartags, a. a. O.

132 Ibid., S. 53.

133 Ibid.

4. Das Verhältnis zwischen Konjunkturlage und Wachstumszielen: die Politik der Privatwirtschaft

In Anbetracht der mehrmals erwähnten Entwicklungsprobleme muß natürlich in erster Linie die *Produktivitätsentwicklung* untersucht werden. Sie ist gegenwärtig eindeutig durch drei Faktoren bestimmt: die (wenn auch nicht sehr starke) *Zunahme der Industrieproduktion*, die *Abnahme der Beschäftigung* gegenüber dem Niveau von 1962–63 (nicht nur hinsichtlich der Beschäftigtenzahl, sondern vor allem in bezug auf die geleisteten Arbeitsstunden) sowie der *absolute Rückgang der Investitionen*.

Diese drei Daten machen ein sehr weitreichendes Phänomen sichtbar, das (wenn auch in unterschiedlichem Maße) für alle Industriezweige und alle Kategorien von Betrieben gilt, nämlich die großen und verbreiteten *Rationalisierungsanstrengungen*, die sich allerdings auf jene Rationalisierungsmaßnahmen beschränken, die keine Investitionen erfordern (oder die sie nur in geringem Umfang erfordern, wie Veränderungen in der Arbeitsorganisation, im Materialtransport, in der räumlichen Anordnung der Arbeitsprozesse, in den Arbeitsmethoden und -zeiten, in den Kontrollmethoden des Produktionsablaufs, usw.). Letzten Endes also handelt es sich um eine starke *Intensivierung der direkten Ausbeutung der Arbeitskraft*. Das zweite Phänomen, das einen großen Teil der Industriezweige und der verschiedenartigen Betriebe (wenn auch mit zahlreicheren Ausnahmen) zu erfassen scheint, ist die *starke Erhöhung der Exportfähigkeit*. Sie ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, wie auf die oben erwähnte Produktivitätssteigerung, eine wettbewerbsfähigere Preispolitik und eine verbesserte Vertriebsorganisation¹³⁴.

Rationalisierung ohne Investitionen sowie Exportpolitik sind also die beiden Bereiche, in denen die italienischen Kapitalisten *in ihrer Gesamtheit* seit Beginn des Konjunkturabschwungs eine besonders starke Initiative entfaltet und eine Tendenz ausgelöst haben, die den Erfordernissen der zukünftigen »europäischen« Entwicklung entspricht.

Aber diese Initiative allein ist nicht in der Lage, die zweifache Wiederbelebung der Gesamtnachfrage und insbesondere der Investitionsnachfrage anzuregen, von der allein eine Entwicklung auf einem höheren Niveau ausgehen kann.

Drei Initiativen, die besser geeignet sind, eine Wiederbelebung der

¹³⁴ Dazu hat mittels der bestehenden Sonderinstitute (wie ICE, »Institut für den Außenhandel«) auch die Politik der Regierung beigetragen.

Wirtschaftstätigkeit herbeizuführen, sind vor allem im Laufe des Jahres 1965 von einigen großen oligopolistischen Unternehmen entwickelt worden, ohne bisher die ganze italienische Industrie erfaßt zu haben. Sie betreffen drei wesentliche Aspekte: die *Rationalisierungsinvestitionen*, die *Ausweitung der Finanz- und Produktionsdimensionen* durch einen Konzentrationsprozeß sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab, sowie eine *Politik der »Vorwegnahme« und der Stimulierung der Nachfrage* von seiten der Unternehmen bestimmter Industriezweige. Umfassende technologische Veränderungen sind in vielen großen Fabriken im Gange: sie betreffen sowohl die Fertigungstechnologien als auch – und manchmal vor allem – die Rechengерäte und ihre Anwendung in der Produktion.

Die in letzter Zeit erfolgten Zusammenschlüsse und Absprachen sind allgemein bekannt: Montecatini-Edison, die neue Finanzstruktur der Olivetti, die Absprache zwischen Olivetti und General Electric auf dem Gebiet der Elektronik, die Absprache zwischen Fiat und Minnesota in bezug auf die Ferrania, RIV-SKF, um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen. Worauf in diesem Zusammenhang hingewiesen werden muß, das ist der mögliche »Impuls«, den diese Zusammenschlüsse der Investitionsnachfrage binnen relativ kurzer Zeit geben werden: sie sind nämlich oft der erste Schritt in Richtung auf tiefgreifende technologisch-organisatorische Veränderungen oder auf die Erschließung bzw. Erweiterung neuer Produktionszweige.

Ein typisches Beispiel für die »Politik der Vorwegnahme der Nachfrage« haben die Fiat-Werke geliefert, die, insbesondere durch die Lancierung neuer Modelle, zu einer Wiederbelebung der inländischen Nachfrage nach Kraftfahrzeugen beigetragen haben, die eines der ersten Anzeichen des Wiederaufschwungs war (auch wenn dieser Wiederaufschwung nach wie vor eine gewisse Labilität aufweist, da es an anderen stimulierenden Faktoren gefehlt hat)¹³⁵.

Diese Initiativen der oligopolistischen Unternehmen haben nicht nur in bezug auf die Nachfrageentwicklung und die Aktion der übrigen Unternehmer, sondern – wie wir gesehen haben – auch gegenüber der Regierungspolitik eine »propulsive« Funktion. Allerdings haben diese Konjunkturanreize und die – zwar begrenzten – Impulse, die von der Politik der Regierung und der Staatsunternehmen ausgehen, noch nicht so weit zusammengewirkt, daß sie eine wirkliche allgemeine Wie-

¹³⁵ Im zweiten Quartal 1965 haben die Produktion und die Zulassungen von Kraftfahrzeugen den absoluten Höchststand erreicht, und anschließend ist es wieder zu einer Verlangsamung gekommen.

derbelebung der Konjunktur herbeigeführt haben: das zeigt sich an der Entwicklung der Investitionstätigkeit und der Produktion.

Es besteht allerdings eine andere günstige Bedingung für die Belebung der Konjunktur, die sich allmählich auf alle Industriezweige und Betriebsgrößen ausweitet, nämlich die Verbesserung des allgemeinen »Vertrausklimas«, in dem sich die Unternehmertätigkeit abspielt. Dafür gibt es einige bedeutsame Anzeichen. Die monatlichen Konjunkturanalysen des italienischen Konjunkturforschungsinstituts ISCO deuten auf eine langsame, aber stetige Verbesserung der *Unternehmererwartungen* in bezug auf Produktion, Nachfrage- und Preisniveau und die allgemeine Konjunkturentwicklung hin¹³⁶. Das *politische Vertrauen* der Kapitalistenklasse in die gegenwärtige Regierungskoalition und -politik hat allmählich von den großen oligopolistischen Unternehmen, die von Anfang an auf die Regierung der linken Mitte gesetzt hatten, selbst auf diejenigen Unternehmerränge übergegriffen, die lange traditionell konservativen Vorstellungen verhaftet gewesen waren¹³⁷. Die großen Probleme, die sich dieses Jahr im Zusammenhang mit der Erneuerung der Tarifverträge stellen, werden natürlich einen entscheidenden Einfluß darauf haben, ob sich diese wachsende Sicherheit der italienischen Kapitalisten bekräftigt oder nicht: aber die äußerst harte Linie, die die »öffentliche Hand« in diesen Fragen verfolgt, und die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften tragen dazu bei, das Vertrauen der Kapitalisten auch in dieser Hinsicht zu stärken. Diese Verbesserung des allgemeinen Klimas ist natürlich auch auf die »bahnbrechenden Initiativen« der großen Oligopolunternehmen zurückzuführen, die wir oben erwähnt haben. Es ist aufschlußreich, daß es gerade im Zusammenhang mit der bedeutendsten dieser Initiativen in letzter Zeit zu einem der wichtigsten Symptome dieser Entwicklung gekommen ist, nämlich zu einem starken *Kursanstieg an der Wertpapierbörse*. Und ebenso aufschlußreich ist es, daß die Regierungskrise eine umgekehrte Tendenz ausgelöst hat; im großen und ganzen jedoch scheint die Aussicht auf eine Verbesserung in einem der Bereiche, die von den »Störungen« der

136 Vgl. die Ende Januar 1966 durchgeführte Umfrage, veröffentlicht in *Mondo Economico*, 26. Februar 1966: daraus geht u. a. hervor, daß seit drei Jahren zum ersten Mal auf die Frage nach den allgemeinen Aussichten der italienischen Wirtschaft vorwiegend »positive« Antworten gegeben worden sind.

137 Man denke beispielsweise an die Haltung der Wirtschaftszeitung *24 Ore-Il Sole* gegenüber der Mitte-Links-Regierung und an die Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation von seiten des Gesamtverbands der italienischen Industrie (Confindustria) und insbesondere von seiten ihres Präsidenten Cicogna.

letzten Jahre am stärksten betroffen waren, und zwar dem *Kapitalmarkt*, sicher zu sein¹³⁸.

Die politische Linie des staatlichen Eingriffs (entsprechend der Perspektive »Carli-Petrilli«) und die Initiativen der Kapitalisten scheinen also allmählich die Voraussetzungen für eine neue Wachstumsperiode zu schaffen, die gekennzeichnet ist durch eine geringere direkte Kontrolle des Staates und ein größeres Gewicht der unmittelbaren Initiative der Oligopolunternehmen im Vergleich zu der ursprünglich von der Mitte-Links-Koalition propagierten kapitalistischen Rationalisierung; und dadurch entspricht die kapitalistische Planung in Italien weitgehend der Politik, die gegenwärtig in den anderen europäischen Ländern praktiziert wird.

(*Quaderni Rossi*, Nr. 6, 1966)

138 Der Gesamtindex der Aktienkurse der Banca Nazionale del Lavoro für die Mailänder Börse betrug am 18. Februar 1966 319,9 gegenüber 247,5 am selben Tag des Vorjahres (vgl. *Mondo Economico*, 27. Februar 1965 und 26. Februar 1966).

Anhang

Inhaltsverzeichnis der in »Quaderni Rossi« erschienenen Artikel (Mit Hinweis auf deutsche Übersetzungen)

QUADERNI ROSSI I (erschienen im Herbst 1961)

Lotte operaie nello sviluppo capitalistico

Lotte operaie nello sviluppo capitalistico (V. Foa)

Cronache delle lotte ai cotonifici Valle di Susa (G. Mottura)

Sull'uso capitalistico delle macchine nel neocapitalismo (R. Panzieri) in diesem Band S. 14-32]

Definizione del settore in una prospettiva politica (V. Rieser)

Salario e rivendicazioni di potere (S. Garavini)

Le mansioni: valutazioni »oggettive« e soluzione operaia (G. Muraro)

Esperienze e resoconti sindacali

Assemblee operaie e sindacato (E. Pugno)

Lotte e organizzazione (P. Frasca)

Rivendicazioni e solidarietà (N. Miocchi)

Il partito in fabbrica (G. Gasparini)

L'autonomia operaia nei giovani

Alcuni dati sulle lotte sindacali

Osservazioni preliminari (G. Alasia)

Dati sulle lotte sindacali

Due alternative dell'azione sindacale (D. De Palma)

Documenti sulla lotta di classe alla Fiat

Documenti sulla lotta di classe alla Fiat (a cura di R. Alquati)

Relazioni de R. Alquati sulle »forze nuove« (Convegno del PSI sulla Fiat, gennaio 1961)

Tesi di G. Muraro al Convegno del PSI sulla Fiat, gennaio 1961.

QUADERNI ROSSI 2 (erschieden im Frühjahr 1962)

La fabbrica e la società

La fabbrica e la società (M. Tronti) [übersetzt in dem Band: M. Tronti, *Kapital und Arbeiterklasse*, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1972]

Rivendicazioni ed elemento politico nello sciopero della Lancia (G. Lolli)

Composizione organica del capitale e forza-lavoro alla Olivetti (R. Alquati)

Discussioni e proposte di lavoro

Possibilità e limiti dell'azione sindacale (F. Momigliano)

Il socialismo non è inevitabile (F. Fortini)

Il punto di vista operaio e la cultura socialista (A. Asor Rosa)

Prime annotazioni per un'analisi della realtà di classe alla Pirelli (T. Regazzola - E. Soave)

Note sulla classificazione del lavoro (V. Rieser)

Aspetti della socializzazione del lavoro nell'edilizia (M. Paci)

Lavoro necessario e valore della forza-lavoro in edilizia (R. Di Leo)

Il trasporto della forza-lavoro nel processo capitalistico di produzione (D. Lanzardo)

La nozione di mobilità sociale nel capitalismo (B. Becalli)

QUADERNI ROSSI 3 (erschieden im Sommer 1963)

Piano capitalistico e classe operaia

Piano capitalistico e classe operaia (Q. R.) [dt. Übersetzung in: »Quaderni Rossi«, *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*, Trikont Verlag, München 1972]

Il piano del capitale (M. Tronti) [erschieden in M. Tronti, op. cit.]

Temi della programmazione sociale dello sviluppo (D. Lanzardo)

Produzione e programmazione territoriale (C. Greppi - A. Pedrolli)

Discussioni e proposte di lavoro

Alcune ipotesi di ricerca marxista sulla storia contemporanea (U. Coldagelli - G. De Caro)

Per un discorso inattuale (F. Fortini)

Intervento al 1° Congresso internazionale degli scrittori per la libertà della cultura (B. Brecht)

Composizione del capitale e forza-lavoro alla Olivetti, 2 (R. Alquati)

Documenti della programmazione regionale in Umbria

Industria e credito (G. Lolli)

Agricoltura (G. Fofi)

Salario e sviluppo nella politica della CGIL (V. Rieser)

Produttività e salari nella linea della CISL (G. Lolli)

Sviluppi recenti nell'analisi della mobilità sociale (L. Lanzardo)

QUADERNI ROSSI 4 (erschieden im Sommer 1964)

Produzione, consumi e lotta di classe

Produzione, consumi e lotta di classe (D. Lanzardo) [in diesem Band S. 23]

Una rivoluzione tecnologica nel biellese (G. Ciocchetti - F. Ramella)

La Fiat dopo lo sciopero del '62 (L. Lanzardo)

Un opuscolo per gli operai della Fiat

Sviluppo e congiuntura nel capitalismo italiano (V. Rieser)

Cronache, lettere e discussioni

Una lettera dall'Inghilterra su sindacato e programmazione (B. e M. Salvati)

Lo sciopero dei metallurgici nel Württemberg (M. Fisher)

Plusvalore e pianificazione (R. Panzieri) in diesem Band S. 56]

Lettura della posizioni cinesi (E. Masi) [dt. Übersetzung in: E. Masi, *Die chinesische Herausforderung*, Wagenbach Verlag, Berlin 1970]

Frammento sulle macchine (K. Marx)

Interpretazioni occidentali della politica cinese (E. Masi)

Dal diario di un operaio americano (a cura di R. Solmi)

QUADERNI ROSSI 5 (erschieden im März 1965)

Intervento socialista nella lotta operaia

Intervento socialista nella lotta operaia: l'inchiesta operaia di Marx (Dario Lanzardo) [in diesem Band S. 87]

Giornali politici nelle fabbriche del Biellese (Pino Ferraris) [erschieden in »Quaderni Rossi«, op. cit.]

Note per un lavoro politico socialista (Giovanni Mottura) [erschieden in »Quaderni Rossi«, op. cit.]

USO SOCIALISTA DELL'INCHIESTA OPERAIA

(dal seminario tenutosi a Torino, 12-14 settembre 1964)

Intervento di Raniero Panzieri [in diesem Band S. 105]

Informazioni, valori e comportamenti operai (Vittorio Rieser)

Rapporto tra scopi e strumenti dell'inchiesta (Liliana Lanzardo) [erschiene-
nen in »Quaderni Rossi«, op. cit.]

Schema d'intervista

Trasformazioni della classe operaia in alcune analisi sociologiche (*Bianca
Beccalli*)

Indagini recenti sulla classe operaia

La nuova classe operaia (L. L., L. B.), L'operaio nella società del benessere
(M.S.). I lavoratori dell'automobile e il mito americano (V.R.) Vecchia e
nuova cultura operaia (B.B.). Una ricerca sull'alienazione e l'anomia
(M.C.). Immagini svizzere delle classi sociali (M.V.).

*L'inchiesta alla Fiat nel 1961 (Dino De Palma, Vittorio Rieser, Edda Sal-
vatori)* [erschiene in »Quaderni Rossi«, op. cit.]

L'inchiesta alla Olivetti nel 1961 (Mario Carrara)

QUADERNI ROSSI 6 (erschiene im September 1965)

Movimento operaio e autonomia della lotta di classe

Movimento operaio e autonomia della lotta di classe (Q.R.) [in diesem
Band S. 114]

Interventi politici contro la razionalizzazione capitalistica (*Liliana Lanzardo
e Massimo Vetere*)

Riforma agraria e lotta contadina nella Marsica (*Mario Miegge*; nota
introduttiva di *Giovanni Mottura*)

Note sulla congiuntura capitalistica internazionale (Vittorio Rieser) [Aus-
zugsweise in diesem Band S. 149]

Note sul problema: sviluppo del capitale e rivoluzione socialista (*Dario
Lanzardo*)

Insegnamenti teorici del comunismo cinese (Edoardo Masi) [erschiene in E.
Masi, op. cit.]

Rivoluzione nel Vietnam e movimento operaio occidentale (*Edoarda Masi*)

Arbeiterbewegung

Theorie und Geschichte

Spätkapitalismus und Klassenkampf

Eine Auswahl aus den »Quaderni Rossi«

Europäische Verlagsanstalt

Arbeiterbewegung
Theorie und Geschichte

Raniero Panzieri, Über die kapitalistische Anwendung der
Maschinerie im Spätkapitalismus

Dario Lanzardo, Produktion, Konsumtion und Klassenkampf

Raniero Panzieri, Mehrwert und Planung

Dario Lanzardo, Der Marxsche »Fragebogen für Arbeiter«

Raniero Panzieri, Sozialistischer Gebrauch des Arbeiterfrage-
bogens

»*Quaderni Rossi*«, Die Arbeiterbewegung und die Autonomie
des Klassenkampfes

Vittorio Rieser, Anmerkungen zur kapitalistischen Welt-
konjunktur

Europäische Verlagsanstalt
